

DEUTSCHE FORSCHUNG IM OSTEN

MITTEILUNGEN DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU

BURGVERLAG KRAKAU GmbH.
VERLAG DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT

---

1. BEITRÄGE

2. BERICHTE

---

1. JAHRGANG HEFT 4 JUNI 1941

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Wilhelm Coblitz, Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Krakau. — Anschrift der Schriftleitung: Institut für Deutsche Ostarbeit, Krakau, Annagasse 12. — Fernruf 152-82. — Burgverlag Krakau GmbH, Verlag des Instituts für Deutsche Ostarbeit, Krakau, Annagasse 5. — Druck: Zeitungsverlag Krakau-Warschau GmbH, Krakau, Poststrasse 1. — Jährlich erscheinen 8 Hefte. — Preis je Heft: Zl. 2,— / RM 1,—. Zu beziehen durch den Verlag und durch den Buchhandel.

DAS URNENFELD VON BACHORZ BEI DYNOW, KR. SANOK; FUNDBERICHT

VON PROF. DR. WERNER RADIG
Leiter der Sektion Vorgeschichte am Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau

MIT 40 ABBILDUNGEN AUF 3 TAFELN

Der Bericht über die Fundmeldung und die ersten Bergungen in Bachorz geben Gelegenheit, auf den einfachen, von der Regierung (Denkmalamt) vorgeschriebenen Weg einer Fundmeldung hinzuweisen: Jeder Finder, der Bauleiter oder Bauarbeiter, soll auffällige Reste und Spuren im Erdboden sofort der Kreishauptmannschaft, dort dem jeweiligen Kreisschulrat melden, dem die denkmalspflegerische Aufgabe in jedem Kreis übertragen ist und der die Fundmeldung an seine vorgesetzte Dienstbehörde und nach Krakau weitergibt an die Hauptabt. Wissenschaft und Unterricht (Denkmalamt) und an Prof. Radig, Sektion Vorgeschichte im Institut für Deutsche Ostarbeit.

An den Anfang des Fundberichtes stellen wir ein in mancherlei Beziehung aufschlussreiches Protokoll (mit Abkürzungen), das der ukrainische Prof. Getz mit H. Jan Klak, dem Zimmermann des Baues in Chorodowka bei Dynow, verfasst hat:

Im Bezirk Brzozow, in der Landgemeinde Dynow, in der Dorfgemeinde Bachorz, im Vordorf Chodorowka befindet sich eine Parzelle Ackerboden in Form eines Dreieckes von einer Fläche von ca 2 Joch, welche im Süden mit einer Seite an die Strasse von Dynow nach Przemysl und im Westen mit ihrer zweiten Seite an den Weg, welcher von dieser Strasse zum Dorfe Kosztowa führt, im Norden mit der dritten Seite an den Besitz des H. Machowski, welcher in einer Höhe von 15 m über diesem Dreieck sich hinzieht, grenzt. Eben unter dieser Anhöhe fliesst an ihrer nördlichen Grenze ein kleiner Bach, welcher aber niemals austrocknet. Diese dreieckige Parzelle war Eigentum des Juden Moses Lorberfeld, welcher hier am Wege ein gemauertes Wirtshaus besitzt. Der deutsche Grenzschutz hat diese Parzelle vom Juden gekauft und hat ein Haus für die Zollgrenzschutzbeamten zu bauen begonnen. Beim Ausheben des Bodens für die Fundamente haben die Arbeiter oft Töpfe ausgegraben, und da sie in ihnen nichts anderes als Knochen und Asche gefunden haben, haben sie diese zerschlagen und weggeworfen (!). Auf diese Weise ging eine grosse Zahl von Urnen verloren. Am 17. 8. 1940 haben beim Ausheben eines Grabens längs des Baches (unter der Anhöhe) die Arbeiter Karol Bielec, Jan Gonska und Jakob Krupa in der Tiefe von 1 m bis 1.75 m schöne grosse Urnen ausgegraben. Der Leiter des Baues H. Bul hat das bemerkt und hat diese Urnen in die Baracken schaffen lassen. Es waren 5 Urnen und eine kleine; innen zwischen Knochen befanden sich ein bronzener Armreif, eine bronzene Nadel und Ringe. Am nächsten Tage kam H. Poler an und nahm diese Bronzen an sich. Nach einigen Tagen kamen aus Sanok zwei Herren und haben die Urnen an sich genommen. —

Durch einen Hinweis des Museumsleiters in Sanok, Prof. Getz, dem zufällig von Urnenfunden in Chodorowka erzählt worden war, begab sich Kreisschulrat W. Huber am 14. 9. 1940 an die Fundstelle, wo er vom näheren Sachverhalt erfuhr und eine Reihe Urnen und einige Kleinbronzen in das Sanoker Museum bringen konnte. — Etwa um die gleiche Zeit berichtete Ing. J. Pluszczok (Neubauleitung Krakau, Zollgrenzschutzbauten) der Abt. Schulwesen des Distriktes Krakau von vorgeschichtlichen Funden beim Zollhausbau in Bachorz (Chodorowka). Der Kreisschulrat wurde beauftragt, die notwendigen Bergungen zu veranlassen. Ferner wurde auf Anordnung die ukrainische Lehrerin I. Dobrjanska, die bereits im Museum Sanok gearbeitet hat, an den Fundplatz entsandt. An Ort und Stelle haben dann Prof. Getz, Frl. Dobrjanska und H. Stefanski Fundbergungen durchgeführt. Getz' Bericht darüber enthält u. a.: Hier wurden mit Hilfe eines Arbeiters die Wände des ausgegrabenen Loches längs der Nordgrenze der am Bache gelegenen Parzelle untersucht. In fast gleichen Abständen von 50 cm bis 1 m befanden sich im Lehm Spuren von Asche, Knochen und Scherben, welche auf das Vorhandensein von Urnen wiesen. Auf diese Weise wurden mehrere Urnengräber entdeckt, die nach einer sorgsamen Verpackung nach Sanok ins Museum gebracht wurden. — Die grösste Urne mit Kreuzornament (Taf. 1a, b; 2a) enthielt ein kleines Beigefäss (von etwa 2 Liter Inhalt) und war mit einer Schüssel mit dem Boden nach oben ganz zugedeckt. Auf der linken Seite der Urne befand sich ein kleiner Wasserschöpfer (Taf. 1c) aus schwarzem Lehm mit einem achteckigen Boden, mit dem Boden nach oben gekehrt. Auf der rechten Seite lag etwas höher eine beschädigte Urne aus gelbem Lehm ohne Asche und Knochen. Im Lehm rings um dieses Grab befanden sich Knochen und Kohlen. Diese grösste aller gefundenen Urnen lag 1,75 m tief im Boden. — Oft trafen wir an den Urnen Spuren von Urnendeckeln (=Deckschalen); diese waren aber ganz zerdrückt bzw. im Lehm zerflossen. Oft traf man Urnen, die mit Scherben von einem anderen Gefäss zugedeckt waren. Einmal gruben die Arbeiter eine Urne aus, die mit einer anderen Urne zugedeckt war (nicht erhalten). Es gab auch Urnen, die überhaupt nicht zugedeckt waren. Eine Urne war mit einem Stein bedeckt. — Die Beobachter schildern, dass die Urnengräber alle „in einer Schichte" 60 cm bis 2 m tief im Boden lagen; „nur in einem Falle fanden wir zwei Urnen, eine über der anderen in einem Abstand von 50 cm". Die meisten Gräber lagen längs des Baches unter der zum Teil mit Kiefern bewaldeten Anhöhe, an der Flurgrenze des Gutsbesitzers Machowski. Ein skizzierter Lageplan lässt z. T. reihenweise Anordnung der Gräber erkennen; ihre gegenseitige Entfernung schwankte zwischen 1 bis 2 m Entfernung.

Nach diesem Bericht lernen wir das grösste Grab (Taf. 2a) mit einem Beigefäss im Innern der Urne und einem zweiten und dritten ausserhalb gelegenen kennen. Der verstreute Leichenbrand könnte auf Brandschüttung hindeuten. Im allgemeinen handelt es sich aber um mit Deckschalen versehene oder mit Scherben zugedeckte Urnengräber (z. B. Taf. 1f, g). Das eine erwähnte Urnengrab kann ein Glockengrab gewesen sein, wie sie in der Lausitzer Kultur schon früh vorkommen. Steinschutz scheint sehr selten gewesen zu sein. Ob es sich bei den getrennt übereinanderliegenden Urnen um eine Nachbestattung gehandelt hat, ist schwer zu entscheiden. Schliesslich befand sich nach den Erzählungen der Arbeiter im Westen des Fund-

gebietes 2,25 m tief im Boden „eine grosse Feuerstätte, — ausgebrannter, roter Lehm, Asche und Kohlenstücke so dick wie ein Arm. Auf dieser Stelle wurde dann ein steinernes Schilderhaus gebaut, das mit der Ecke des hölzernen Baues des Zollgrenzschutzes verbunden ist“. Derartige Ustrinen, Verbrennungsplätze des Scheiterhaufens, sind durchaus bekannt. Wenn die verziegelte Lehmtenne so tief lag, so erklärt sich das hauptsächlich daraus, dass der Lehm vom Hange immer mehr heruntergeschwemmt worden sein muss. Ausserdem kann aber der Scheiterhaufenplatz auch eingetieft gewesen sein.

Anfang Oktober 1940 stellte Dr. A. Nowotny im Auftrage der Abt. Schulwesen beim Chef des Distriktes Krakau weitere verschleppte Urnen sicher und begutachtete den Fundplatz. Im Frühjahr 1941 sind wiederum beim Planieren und beim Anlegen einer Grube im Nebengebäude des Zollgrenzschutzhauses von Arbeitern einige Urnen geborgen worden, deren Verschleppung am 13. 5. 1941 im letzten Augenblick durch Kreisschulrat W. Huber und den Verfasser dieses Berichtes an Ort und Stelle verhindert werden konnte. Es waren dies zwei Urnen mit Leichenbrand und zwar ein grosser und ein mittlerer eiförmiger Topf, ferner eine grosse weitmundige Terrine mit Strichen auf der Schulter und Buckelwarzen (Gefäss in Bruchstücken) sowie ein mittlerer eiförmiger Topf (Reststück). Auch diese Gefässe gelangen in das Sanoker Schlossmuseum, wo die sämtlichen Funde des Urnenfeldes wiederhergestellt und aufbewahrt werden.

Die Fundbeschreibung der einzelnen Funde folgt der Benummerung der Gräber nach der Lageskizze von Prof. L. Getz und I. Dobrjanska und nach dem Inventarverzeichnis des Museums Sanok:

Grab 1: Nr. 600. Grosse weitmundige Terrine mit konischem, leicht geschwungenem Halse, mit bauchigem Unterteil und hochgeschwungener Schulter; mit Schrägstrichgruppen verziert. Stehende Griffzapfenpaare in Dreierstellung (ein Paar erhalten). Mit Standplatte, Randteil abgebrochen; Oberfläche glatt, aussen schwärzlich, innen hellbraun. Bruch braun, gemagert. Verzierung von links nach rechts: 1 Kreuz (8 cm hoch; 3,1 cm breit), 1 „Doppelkreuz“ (Erh. H. 8,3 cm; 9 cm breit), 1 Doppelstrich (8,9 cm hoch; 1,4 cm breit), 1 „Doppelkreuz“ (7,1 cm breit; 7,9 cm hoch). Aus flachen Grübchen in Linien gesetzt (Taf. 1a, b). — Gr. Höhe 32,9 cm; Boden 12,5 cm; Gr. Weite 41,9 cm; Mdm. 26,5 cm; Wdst. 1 cm. (Taf. 2a)

Nr. 601. Dreigliedrige Deckschale mit ausladendem Halsteil und strichverzierter Schulter. Geknickte Bandösenhenkel. Zwischen diesen je eine aufgeklebte Buckelwarze. Unter den Henkeln drei bis vier Grübchen. Dunkelbraun, glatt, gemagert. Randteil fehlt. Fragment!—Erhaltene Gr. H. 9 cm; Gr. W. 37 cm; Henkelbr. 2,2 cm; Henkelst. 1,1 cm. (Taf. 2a)

Nr. 610. Mittlerer Doppelkegel mit bauchigem Unterteil, geradem Oberteil, Standplatte. Hellbraun, etwas abgelaugt, gemagert. Rand rund. — Gr. H. 16,1 cm; Boden 8,6 cm; Gr. W. 17,0 cm; Mdm. 13,2 cm; Wdst. 0,7 cm. (Taf. 1e, 2c)

Nr. 602. Kleine dreigliedrige Henkeltasse mit Bodendelle und hohem Bandhenkel mit 7 Buckeln. Dazwischen Schrägstrichgruppen. Dunkelbraun, geschmaucht, glatt, gemagert. — Erh. Gr. H. 4,2 cm; Boden 2,0 cm; Gr. W. 9,4 cm; Mdm. 8,0 cm; Hebr. 2,4 cm; Hest. 0,7 cm; Wdst. 0,4 cm. (Taf. 1c)

Nr. 599. Unterteil eines eiförmigen, dickwandigen Topfes. Schokoladenbraun, ziemlich glatt, gemagert mit dunklem Grus. — Erh. H. 10,2 cm; Boden 6,8 cm; Gr. W. 12,6 cm; Wdst. 8 mm. (Taf. 1d)

Grab 2: Nr. 597. Grosser, schlanker eiförmiger Topf mit verlaufendem und ausladendem Halse. Standplatte. Wandung grob, stark gemagert (Taf. 2m). — Höhe etwa 25 cm; Gr. W. etwa 18 cm.

Grab 3: Nr. 589. Mittlerer Doppelkegel mit geradem Ober- und Unterteil, mit Furchenband über dem Umbruch. Standplatte (Taf. 2b). Höhe etwa 17 cm; Gr. W. etwa 18 cm.
Nr. 616. Kleiner bronzener, vierkantiger Nadel- oder Pfriemenrest.

Grab 4: Nr. 581. Mittlere Vase mit geschweiftem Oberteil und ausladendem Mündungsrand. Mit bauchigem Unterteil. Boden eben, hellbraun, glatt, gemagert. — Gr. H. 16 cm; Boden 6 cm; Gr. W. 16,5 cm; Mdm. 15 cm; Wdst. 0,5 cm. (Taf. 3d)

Nr. 593. Kleine dreigliedrige Henkeltasse mit strichverzierter Schulter, Schulterumbruch und niedrigem, leicht ausladendem Halsteil. Mit hochgeschwungenem Bandhenkel. Höhe etwa 4 cm; Gr. Weite etwa 10 cm. (Taf. 3b)

Nr. 613. Ein kräftiger bronzener Kinderarmring. Rundstabig mit vier Kanten. Mit verjüngten, übereinandergelegten Enden. — Dm. (Dicke) 4,8 × 5 cm; St.-Dm. 0,7 cm; 1,15 cm Stärke bei doppeltem Ring. (Taf. 1n)

Nr. 614. Bronzener Kinderarmring. Dick, bandförmig. Geblühte, z. T. pulverige Patina. — Dm. 4,15 × 4, 25 cm; Band-Breite 4 mm; Doppelte Breite 8 mm; St. 2,5 mm. (Taf. 1 o)

Grab 5: Nr. 595. Weitmundige Terrine mit leicht abgesetztem, hohem, konischem Halsteil. Mit glatter Schulter. Unterteil schlicht. Standfläche. Hellbraun, geschmaucht, glatt. — Gr. H. 21,6 cm; Boden 7,5 cm; Gr. W. 25,5 cm; Mdm. 17,9 cm; Wdst. 0,75 cm. (Taf. 2f)

Grab 6: Nr. 591. Hoher, schlanker Topf mit langem, eingezogenem Halsteil und ausladendem Mündungsrand. Leicht gerauht, hellbraun, ziemlich glatt. Boden eben. — Gr. H. 23,5 cm; Boden 8,8 cm; Gr. W. 17,3 cm; Mdm. 14,3 cm; Wdst. 0,7 cm. (Taf. 2 l)

Nr. 618. Schlichter Kinderarmring mit spitzen, verjüngten, übereinandergelegten Enden. Glatte, hellgrüne Patina. — Dm. 5,15 cm × 4,65 cm; Breite 6,5 mm; Gr. St. 5 mm. (Taf. 1m)

Grab 7: Nr. 606. Hoher, eiförmiger Topf mit schlankem Unterteil und kleiner Standfläche. Randteil abgebrochen. Gerauht, grobwandig, gemagert. Erh. H. etwa 26 cm; gr. Weite etwa 20 cm.

Nr. 582. Mittlere dreigliedrige Amphore mit gekehlten Bandösenhenkeln. Rand rund. Boden eben. Ziemlich senkrecht geriefte Schulter. Hellbraun, glatt, gemagert. — Gr. H. 8,8 cm; Boden 5,4 cm; Gr. W. 13,3 cm (13); Mdm. 9,4 cm; Wdst. 0,7 cm. (Taf. 1k, 3g)
Nr. 621. Kleiner bronzener Armring, innen flach, aussen mit Längsrippe. 4 Bruchenden, vielleicht geschlossen gewesen. — Band-Breite 9 mm; Dm. 4,4 × 3,9 cm.

Grab 8: Nr. 604. Grosser eiförmiger Topf mit verlaufendem Hals. Randteil abgebrochen. Ebene Standfläche. Unterteil gerade, grobwandig, gemagert. Erh. Höhe etwa 25 cm; gr. Weite etwa 20 cm.

Nr. 619. Schlichter, dünner Armring, zerbrochen. Profil oval. Patina geblüht, abgeblättert. — Dm. etwa 6 cm; St.-Dm. 2,5 mm.

Grab 9—14: Grab 9, Nr. 605. Grosser eiförmiger Topf; Oberteil abgebrochen. Roh gearbeitet, grobwandig. Erh. H. etwa 21 cm; gr. Weite etwa 20 cm. — Grab 10, Nr. 585. Mittlerer, etwas zwiebelförmiger schlichter Topf mit grober Wand. Boden eben. Randteil abgebrochen. Hellbraun, Bruch schwärzlich geschmaucht, grobwandig, gemagert. — Erh. gr. H. 18 cm; Boden 9,5 cm; Gr. W. 20,2 cm; Wdst. 0,9 cm. — Grab 11, Nr. 598. Grosser, zweigliedriger, hoher Topf mit steilem, konischem Halsteil, schmaler, schrägstrichverzierter, mit stehenden Griffwarzen ausgestatteter Schulter und kleiner Standplatte. Geschmaucht, gemagert. Höhe etwa 28 cm; gr. Weite etwa 23 cm (Taf. 2 k). — Grab 12, Nr. 580. Unterteil einer kleinen, dreigliedrigen, schlichten Tasse. Mit scharfem Schulterumbruch. Boden eben. Dunkelbraun, gemagert. Gr. Höhe 4,1 cm; Gr. W. 7,8 cm; Boden 4,1 cm. — Grab 13, Nr. 579 (nicht verfügbar). — Grab 14, Nr. 576. Miniatur-Amphore mit schräg gefurchter Schulter und kleinen Bandösenhenkeln. Dunkelbraun und hellbraun geschmaucht. Kleine Standfläche. Halsteil abgebrochen. Gr. H. 5,5 cm; Boden 3,4 cm; Gr. W. 7,7 cm; Mdm. 5,7 cm; Wdst. 0,4 cm. (Taf. 1 l, 3f)

Grab 15: Nr. 583. Mittlere dreigliedrige Tasse mit hohem Halsteil, breiten flachen Schrägkanten auf der Schulter. Boden eben. 1 Griffzapfen erhalten (kein Henkel). Schokoladenbraun, glatt, gemagert. — Gr. H. 10 cm; Boden 4 cm; Gr. W. 9,8 cm; Mdm. 9,4 cm; Wdst 9,4 cm. (Taf. 1i, 3h)

Nr. 615. Nadelschaft, rundstabig mit bandförmigem Hals, abgebrochen (von Rollennadel?). St.-Dm. 3,5 mm.

Grab 16—18: Grab 16, Nr. 584. Kleiner, schlanker Topf mit verlaufendem Hals, Standfläche eben. Stark ergänzt. Hellbraun, gemagert. Gr. H. 14 cm; gr. W. 10,7 cm. (Taf. 3i) — Grab 17, Nr. 592. Hoher zweigliedriger Topf mit hohem, konischem Hals und Griffwarzenpaaren. Hellbraun, glatt, gemagert. Boden eben. — Gr. H. 21,2 cm; Boden 8,7 cm; Gr. W. 18,5 cm; Mdm. 14,8 cm; Wdst. 0,8 cm. (Taf. 2i) — Grab 18, Nr. 590. Mittlere, dreigliedrige Vase mit hohem, konischem Halse und ausladendem Rand, zwiebelförmigem Unterteil. Auf der schmalen hochgewölbten Schulter stehende Buckelwarzen. Höhe etwa 19 cm; gr. W. etwa 18 cm. (Taf. 2d)

Grab 19: Nr. 588. Kleine Henkeltasse, dreigliedrig mit randständigem Bandhenkel, 3 Buckelwarzen am Umbug. Boden eben. Ausladender Halsteil. Hellbraun, ziemlich glatt, etwas abgelaugt, gemagert. Gr. H. 5,4 cm; Boden 4,1 cm; Gr. W. 7,1 cm; Mdm. 7,2 cm; Hebr. 1,8 cm; Hest. 6 mm; Wdst. 7 mm (Taf. 1f, 3a), — die mit Kinderknochenbrandspuren gefüllte Tasse war mit Nr. 588a, Mittelscherben eines grossen Doppelkegels mit strichverziertem Umbruch (Taf. 1g), bedeckt.

Grab 20—24: Grab 20, Nr. 587. Mittlerer Topf mit ungewöhnlich hohem, zylindrischem Halse und niedrigem Unterteil. Standplatte. Gemagert. Höhe etwa 18 cm; gr. Weite etwa 14 cm (Taf. 2h). — Grab 21, Nr 577. Kleine, niedrige Schale mit leicht nach auswärts gebogenem Rand. Höhe etwa 3 cm; gr. W. etwa 12 cm (Taf. 3e). — Grab 22, Nr. 586. Zweigliedrige kleine Tasse mit herausgezogener schmaler strichverzierter Schulter mit Buckelwarzen. Verzierter Unterteil. Vier Furchen und zwei Bodenstriche. Hellrotbraun, glatt, gemagert. Gr. H. 6,7 cm; Boden 3,6 cm; Gr. W. 9,2 cm; Mdm. 8,8 cm; Wdst. 0,5 cm. (Taf. 1h, 3c) — Grab 23, Nr. 596 (nicht verfügbar). — Grab 24, Nr. 594. Mittlere Terrine mit 2 noch erhaltenen stehenden Buckelwarzen. Hoher zylindrischer Hals. Gewölbte Schulter. Boden eben. Schwärzlich geschmaucht, glatt, gemagert. Gr. H. 21 cm; Boden 9 cm; gr. W. 25 cm; Mdm. 19 cm; Wdst. 0,7 cm. (Taf. 2g)

Grab 25: Nr. 603. Grosse, hohe dreigliedrige Vase mit konischem Halsteil, aber aufwärts gebogenem Rand (Randteil abgebrochen). Mit schmaler, steil geriefter Schulter, auf der Griffwarzenpaare in Dreierstellung sitzen. Über der Halskehle mehrere breite flache Furchenbänder. Unterteil gerade, Standfläche eben. Erh. H. etwa 26 cm; gr. Weite etwa 28 cm. (Taf. 2e)

Nr. 620. Rest eines bandförmigen kleinen Armringes mit D-Profil. Ein zweiter Rest. Ring-Breite 9,5 mm; Erh. Länge 4 cm.

Grab 26—29: Grab 26, Nr. 608; Grab 27, Nr. 607; Grab 28, Nr. 609; Grab 29, Nr. 611 (nicht verfügbar).

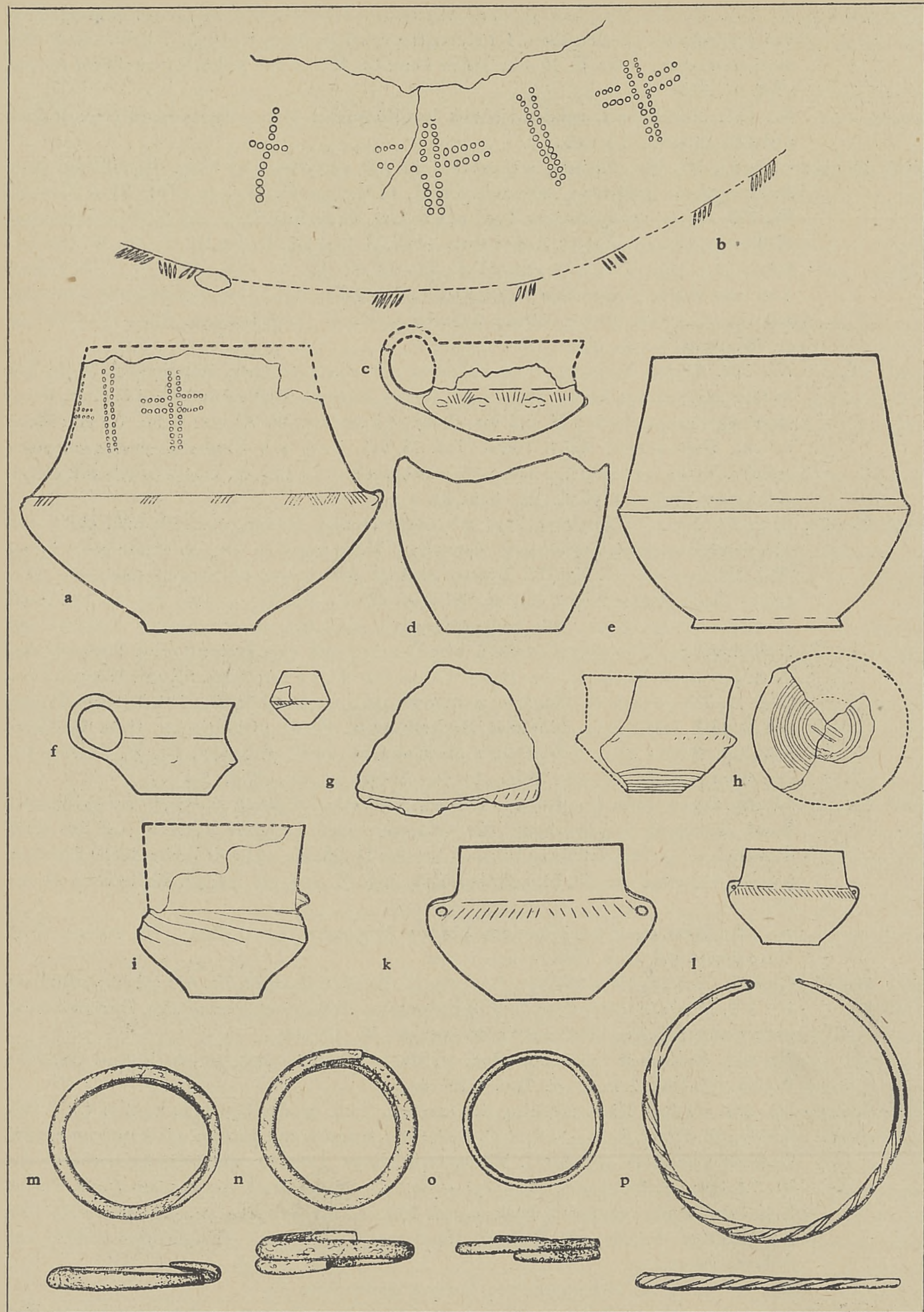
Grab 30: Nr. 578. Mittlerer eiförmiger Topf, geradwandig, mit ebener Standfläche. Randteil fehlt, grob gemagert. Erh. Höhe etwa 20 cm; gr. W. 18 cm.

Nr. 612. Bronzener Spiralfingerring, zweifache Windung mit spitzen Enden. Geblühte Patina. St.-Dm. 2 mm; gr. Dm. 2,25 cm.

Ohne Grabzugehörigkeit: Nr. 617. Kleiner Kinderarmring. Zerbrochen. Teils rundstabig, teils kantig. Ung. Dm. 4,3 cm; St.-Dm. 2,5 cm. — Nr. 622. Gedrehter Armring mit glatten, vierkantigen Enden. Gedreht und stark abgenutzt. Mit spitzen Enden. Dunkel- und hellgrün patiniert. Gr. W. 7,8 cm; Gr. St. 4 mm. (Taf. 1p) — Nr. 623. Nadelschaft mit rundem Profil. Nadelhals bandförmig, vielleicht Rollennadel. Erh. L. 8,1 cm; St.-Dm. 0,4 cm. — Nr. 624. Dreigliedrige Schale mit S-Profil (Reststück). — Nr. 625. Dreigliedrige Schale mit S-Profil (Rest).

Die am 13. 5. 41 sichergestellten Gefässe (siehe Seite 5).

Es ist auffällig, dass eine grössere Reihe von Gräbern nur mit einem Gefäss versehen bzw. bei der Bergung so vorgefunden worden ist. Die Beobachter der Fundstelle haben aber meist einen Abstand von über 1 m festgestellt, sodass kaum angenommen werden kann, dass sie versehentlich die zu einem



Tafel 1: Tonware und Kleinbronzen aus dem Urnenfeld von Bachorz, Kr. Sanok. — a—e Geschlossener Grabfund 1; f, g, Grab 19; h—l ältere Typen; m—o schlichte Kinderarmringe; p gedrehter Ring. a $^1/_2$, b $^1/_6$, c—l $^1/_4$, m—p $^1/_2$ nat. Gr.



Tafel 2: Tonware der jüngsten Lausitzer Kultur aus dem Urnenfeld von Bachorz, Kr. Sanok. — a $^{1}/_{7}$; b, d, h, k, m $^{1}/_{5}$; c, e—g, i, l $^{1}/_{6}$ nat. Gr. — Phot. Potocki.

a b

c d e

f g h i


k


l


m

T a f e l 3: Nordillyrische Tonware aus dem Urnenfeld von Bachorz, Kr. Sanok. — a—i etwa $^1/_4$ nat. Gr. — k, l Fundplatz des Urnenfeldes zwischen Haus und Bach; Phot. W. Radig. — m Burghügel „Gewölbe“ am Urnenfeld, wohl frühgeschichtlich; Phot. A. Nowotny.

Urnengrab gehörigen Beigefässe als selbständige Gräber aufgefasst hätten. Eher muss man annehmen, dass andere kleine Beigefässe, die bei den grösseren Urnen lagen, verloren gegangen sind. Nicht nur die Bergung sondern auch die Aufbewahrung der Keramik erfolgte unter sehr erschwerten Umständen. Deshalb musste auch hier auf die Beschreibung einiger nicht verfügbarer Gefässe sowie auf einige wenige Massangaben verzichtet werden. Im Zeitpunkt dieser Veröffentlichung kann auch nur mitgeteilt werden, dass in Anbetracht der Tatsache, dass die Fundstelle (ebenso wie das Sanoker Museum) unmittelbar am San an der deutsch-russischen Demarkationslinie liegt, von der üblichen Wiedergabe eines Kartenausschnittes mit eingetragener Fundstelle z. Zt. abgesehen wird (Taf: 3 k—m).

Die Betrachtung der geschlossenen Gräber zeigt, dass wir bisher acht Zusammenfunde besitzen, von denen Brandgrab 1 die meisten Beigefässe enthält. Die Gefässe sind in ihrer Form stilistisch einheitlich; wie die Haupturne Nr. 600 (Taf. 1a, 2a) besitzen auch die Deckschale Nr. 601 wie die Henkeltasse Nr. 602 (Taf. 1c) Strichverzierungsgruppen und Buckelwarzen, wie sie für die jüngere Lausitzer Kultur typisch sind. Der mittlere Doppelkegel wirkt etwas altertümlich, was aber bei diesem weitverbreiteten Gefässtyp und seinem Vorkommen hier im Randgebiet dieser Kultur nicht viel besagt. Etwas genauer datierende Bronzen fehlen in diesem Grab. Ebenfalls altertümlich wirkt der mittlere Doppelkegel Nr. 589 (Taf 2b) des Brandgrabes 3, dessen beigegebener Pfriemen (?) Nr. 616 zu einer Datierung nicht ausreicht. Wenn man geneigt wäre, im Brandgrab 4 die Vase (Tasse) Nr. 581 (Taf. 3d) mit den beiden schlichten Kinderarmringen Nr. 614 und Nr. 613 (Taf. 1n, o), von denen lezterer dickstabig und eng zum Kinderarmring zusammengedreht ist, innerhalb der Lausitzer Kultur für alt zu halten, so erweist doch die typologisch einwandfrei junge Tasse Nr. 593 (Taf. 3b) mit hochgeschwungenem Bandhenkel das Brandgrab als jung. Ebenso wirkt der schlanke eiförmige Topf Nr. 591 (Taf. 2 l) des Brandgrabes 6; seine Bronzebeigabe in Gestalt des stabförmigen schlichten Ringes Nr. 618 (Taf. 1m) erlaubt keine noch genauere Ansetzung. Neben dem gleichartigen eiförmigen Topf Nr. 606 des Brandgrabes 7 steht dort allerdings eine kleinere geriefte Amphore Nr. 582 (Taf. 1k, 3g), die ein typischer Vertreter des mittleren Lausitzer Types ist, der sich jedoch hier bis in die jüngste Bronzezeit gehalten haben kann. Der beigegebene Kinderarmring ist wegen seiner Längsrippe so ausgefallen, dass er z. Zt. nichts zur Zeitansetzung beiträgt. Parallelen müssen ausserhalb der Lausitzer Kultur gesucht werden. Brandgrab 8 bietet mit dem hohen Topf Nr. 604 und dem dünnen Armring Nr. 619 nichts Besonderes. Dagegen enthält Brandgrab 15 eine schräggefasste Tasse Nr. 583 (Taf. 1i, 3h) von stilistisch älterem Gepräge. Im Gebiet der reinen Lausitzer Kultur bilden nach meinen Untersuchungen die schräggerieften Gefässe den Übergang vom alten Buckelstil zur Riefenkeramik. Leider reicht der Bronzenadelschaft Nr. 615 zu einer feineren Datierung nicht aus, es sei denn, dass er zu einer Rollennadel gehört, womit der ältere Charakter des Gefässes bestätigt würde. Auch das Brandgrab 19 (wohl einwandfrei Kindergrab) bietet nicht bloss wegen seiner kleinen Buckeltasse Nr. 588 (Taf. 1f, 3a) sondern auch wegen des Doppelkegelscherbens ein etwas älteres Grab innerhalb des Friedhofes. Dagegen ist Brandgrab 25 wegen seiner Vasenurne Nr. 603 (Taf. 2e), weniger wegen des Ringrestes Nr. 620 ein sehr junges Grab. Bei Brandgrab 30 würde weder der Topf Nr. 578 noch der Fingerring Nr. 612 zu einer besseren Zeitansetzung ausreichen. — Älteren Charakter zeigen also die Gräber 3, 7 (?) 15 und 19, jung sind die Gräber 1, 4, 6, 8 (?), 25 und 30.

Die restlichen Bronzen, die ohne Grabzusammenhang geborgen sind, sind geeignet, unsere Zeitansetzung zu bestätigen. Der Nadelschaft Nr. 623 dürfte von einer Rollennadel stammen (vgl. oben Grab 15). Am wertvollsten ist aber der dünne, gedrehte Armring Nr. 622 (Taf. 1p) mit glatten Enden, der zweifellos dem jüngsten Lausitzer Typus zugehört und bereits zur älteren Eisenzeit (Großgermanenzeit) zu stellen ist.

Damit sind wir bereits in die typologische Betrachtung übergegangen, die nur noch mit einigen Gefässtypen ergänzt werden soll. Aus den über 30 Gefässen ist die Reihe der meist schlanken und damit jungen eiförmigen Töpfe (z. B. Nr. 591, 606) schon hervorgetreten; ihre weitmundige Tulpenform findet sich auch in der Wysockokultur. Während sich diese an die reinen lausitzischen Formen anschliessen, entfernen sich die hohen Töpfe Nr. 598 (Taf. 2k), Nr. 592 (Taf. 2i) und besonders Nr. 587 (Taf. 2h) mit seinem überlangen Halsteil von den Normaltypen des Kerngebietes. Dagegen bilden sie eine Eigenform Mittelkleinpolens, insbesondere der Tarnobrzeg-Sandomir-Gruppe am San. Die weitmundigen Terrinen Nr. 594 (Taf. 2g) und Nr. 595 (Taf. 2f) sind in ihren altertümlichen Formen mit zylindrischem oder gerade konischem Halsteil langlebig, sodass sie auch in der jüngeren Bronzezeit und noch später, jedenfalls hier am Ostrand dieser Kultur, oft vorkommen. Die weitmundige, reichverzierte Terrine Nr. 600 (Taf. 2a) hat wegen ihres eingezogenen und geschweiften Halsteiles, der dem Halsduktus der beiden Vasen Nr. 603 (Taf. 2e) und Nr. 590 (Taf. 2d) entspricht, sehr junges Gepräge, das sich bekanntlich in hallstättischen Formen zeigt und z. B. in Budy Lancuckie (Mus. d. Ges. d. Wiss. Przemysl), Kr. Landshut, östlich von Reichshof (Rzeszów) auftritt und damit benachbart von Bachorz erscheint. Eine ähnliche Halsbildung findet sich auch bei Gefässen der Sandomirer Gruppe. Da jedoch typische Flechtbandverzierung, wie sie auch in der Schlesischen und in der „zentralpolnischen" Gruppe geläufig ist, in Bachorz vollständig fehlt, können wir das Urnenfeld nicht unmittelbar zu dieser Gruppe zählen. Letztgenannte Gruppe besitzt auch die dreigliedrigen Deckschalen, wie sie in Bachorz in Nr. 601 (Randteil fehlt), Nr. 624 und 625 vorhanden sind. Über die älter anmutenden kleinen Amphoren Nr. 582 (Taf. 1k) und Nr. 576 (Taf. 1 l) sprachen wir schon (s. o.), ebenso über die Henkeltassen Nr. 602 (Taf. 1c) und Nr. 593 (Taf. 3b), die einwandfrei jung sind, während die vier Tassen Nr. 586 (Taf. 1h), 580, 583 (Taf. 1i) und 588 (Taf. 1f), letztere mit randständigem Bandhenkel, in ihrem Typus älter, hier aber sehr langlebig sind. Dasselbe gilt für die Doppelkegel (s. o.).

Nach unserer bisherigen Kenntnis des Ostrandes der Lausitzer Kultur, der weiterer Erforschung bedarf, dürften die älteren Brandgräber schon um 1000 v. Zw. niedergelegt sein, während die Weiter- und Hauptbenutzungszeit des Friedhofes von Bachorz bereits in die ältere Großgermanenzeit, also 800—500 vor Zw., fällt. Die Träger der Lausitzer Kultur sind auch hier bekanntlich die Nordillyrer und nicht etwa die Urslawen, wie es eine fanatisierte polnische Forschergruppe wollte. Ihr Brauchtum, wie es sich in den Begräbnissitten und z. B. auch in den symbolischen Verzierungszeichen auf Urne 600 mit den verschiedenen Kreuzen äussert, ist indogermanischer Wurzel.

STAND DER ANTHROPOLOGISCHEN FORSCHUNG IM FRÜHEREN POLEN

VON DR. HEINRICH GOTTONG,
Referent an der Sektion Rassen- und Volkstumsforschung am Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau

Die Anregung zu diesen Betrachtungen ergab sich bei der Sichtung der Bücherei des grössten polnischen anthropologischen Instituts in Krakau und der Bestände von zwei grossen privaten Fachbüchereien, die in den gleichen Räumen untergebracht waren und die Institutsbücherei sowohl an Umfang wie an Vielseitigkeit weit übertrafen. Dabei tauchte sofort die Frage auf, ob es eine eigene polnische anthropologische Wissenschaft gegeben hat und ob sich ihre Verfahren und Ergebnisse mit denen der deutschen Wissenschaft vergleichen lassen oder wie weit die Forschung eigene Wege beschritt und welche Zielsetzung sie besass.

Die Anthropologie umfasst die gesamte Forschung am Menschen und den Erscheinungsformen in Gruppen oder Gemeinschaften einschliesslich der Sozialanthropologie, der menschlichen Erblehre, der Bevölkerungswissenschaft, der Rassenkunde und Rassenpflege.

Die anthropologische Wissenschaft in Polen ist schon sehr alt. Bereits im 16. Jahrhundert lehrte an der Krakauer Universität der Physiognomiker Johann von Glogau. Die eigentliche Begründung der anthropologischen Wissenschaft erfolgte aber erst im Jahre 1854 durch den Professor für Physiologie an der Universität Krakau, Josef Majer. 22 Jahre später erfuhr die Anthropologie einen weiteren Aufschwung durch Izydor Kopernicki, der ursprünglich Privatdozent und seit 1886 a. o. Professor der Anthropologie in Krakau wurde. — Nachdem 1859 in Paris die Societée d'Anthropologie und 1870 die deutsche Gesellschaft für Anthropologie gegründet waren, folgte 1873 die Anthropologische Kommission bei der Krakauer Akademie der Wissenschaften. Eine Reihe namhafter Ärzte und Fachanthropologen widmeten sich ausgedehnten Forschungen. Neben Namen wie Josef Majer, Izydor Kopernicki und etwas später J. Talko Hryncewicz wurden auch Danilowicz, Strzelbicki, Rutkowski u. a. in der deutschen Fachliteratur bekannt. Im 19. Jahrhundert entstanden seit dem Beginn des zweiten Jahrzehnts anthropologische Institute in Warschau (1910 durch Stolyhwo) Krakau (durch Talko-Hryncewicz) und Lemberg (Czekanowski). 1929 wurde an der Hochschule für Leibesübungen in Warschau ein staatliches Institut von Mydlarski eingerichtet. In Posen wurde 1921 durch Wrzosek ein weiteres Universitätsinstitut ins Leben gerufen, dem bald noch ein kleineres anthropologisches Laboratorium am Posener Institut für Leibesübungen an die Seite gestellt wurde. Mehrere Fachzeitschriften dienten der Verbreitung der erarbeiteten Ergebnisse und dem weiteren Ausbau der wissenschaftlichen Arbeit auf diesem Gebiet; sie enthielten daneben Beiträge zur Vorgeschichte, zur Volks- und Völkerkunde.

In der Zeitschrift für Rassenkunde erschien 1935 von I. Schwidetzky eine längere zusammenfassende Arbeit, die einen guten Überblick über die Entwicklung der anthropologischen Wissenschaft in Polen gibt. Die Arbeit[1]) zeigt in bester Weise die Verfahren, die Richtungen und die Ergebnisse der polnischen Forschung und bringt am Schluss eine ausgezeichnete Zusammenstellung der Fachlietratur. Auch zu Beginn dieser hier aufgezeigten Stellungnahme muss auf diese Veröffentlichung verwiesen werden, denn sie gibt die sachlichen Voraussetzungen und wird die Gründe für die Kritik nur bestätigen.

Die rassenkundliche Forschung findet in Polen ein äusserst vielseitiges Arbeitsgebiet vor. Auf dem Boden des vergangenen polnischen Staates lebten neben den Angehörigen des polnischen Volkes entsprechend ihrem Bekenntnis zu einem eigenen Volkstum:

Ukrainer	Deutsche	Weissrussen
Juden	Kassuben	Masuren
Grossrussen	Litauer	Tschechen

Diese Gruppen selbst waren nicht einheitlich, sondern gliederten sich weiter in mehrere Volkstumsgruppen mit unterschiedlichem Aussehen, unterschiedlicher Kultur und Lebensweise. Aus der Masse der Polen heben sich die sog. Bergpolen (Goralen) heraus; bei den Ukrainern unterschied man Bojken, Lemken, Huzulen usw. Auf dem Boden Osteuropas mit seinen weiten offenen Landschaften sind seit jeher verschiedenartige Völker und Stämme zusammengetroffen und haben sich gegenseitig teils friedlich durchmischt, teils in fortgesetzten Fehden bestimmte Schichten der Bevölkerung ausgerottet. So sind innerhalb der einzelnen Völker Lebensgemeinschaften und soziale Gruppen entstanden, in denen bestimmte Rassenmerkmale überwiegen. Von Asien her sind besonders in die unteren Schichten mongolische Rasseneinschläge eingedrungen.

Die polnische Wissenschaft hat in diesen einzelnen Gruppen nur einen Unterschied im Volkstum gesehen und hat versäumt oder bewusst vermieden, auch Rassengruppen in ihnen zu sehen, die nach eigenen Lebensgesetzen leben wollen. Die polnischen Wissenschaftler führten oftmals anthropologische Bevölkerungsuntersuchungen durch, ohne die Grenzen der einzelnen Lebens- und Fortpflanzungsgemeinschaften zu berücksichtigen. Sie beschränkten sich darauf, Typengruppen herauszustellen. Mit Typen bezeichnet man aber etwas Starres und Unveränderliches. Bei der Anwendung des Wortes Typen verzichtet man darauf, den biologischen Entwicklungsbegriff in die Anthropologie einzuführen. Es werden immer nur Zustände als Tatsachen dargestellt, die keinen wuchshaften Zusammenhang und keine Frage nach den Ursachen enthalten. Kennzeichnend hierfür ist, dass keine polnischen Forschungen auf dem Gebiet der Entwicklungsgeschichte des Menschen vorliegen. Die polnische Wissenschaft hat sich damit begnügt, von einer „Theorie der Entwicklungsgeschichte“

---

[1]) Ilse Schwidetzky: Die Rassenforschung in Polen. Zeitschrift für Rassenkunde, Bd. 1 Heft 1—3. Jahrgang 1935. Enke, Stuttgart.



Übersicht über die polnischen anthropologischen Untersuchungen bis 1939

zu sprechen und die Ergebnisse nichtpolnischer Forscher wiederzugeben. Untersuchungen und Beobachtungen auf dem Gebiet der Erblehre liegen weder an Menschen noch an Tieren vor. Wissenschaftliche Verfahren und Arbeitsgrundsätze gewinnen dadurch ihre Rechtfertigung, dass sie durch die Lebensvorgänge und deren Beobachtungsergebnisse ihre Bestätigung finden. Solche Beobachtungen und die Durchführung von Vererbungsversuchen fehlen in der polnischen Anthropologie völlig.

Die Anthropologie und noch mehr die Rassenkunde und Rassenforschung sind Wissenschaften, in deren Wesen es liegt, den gegenwärtig beobachteten Zustand aus seinen Ursachen heraus zu erklären und auf Grund der bisherigen Entwicklung und den wirkenden Kräften die möglichen Auswirkungen in der Zukunft zu erfahren. Aus der Art und dem Umfang der Veröffentlichungen lassen sich einige Schlüsse ziehen auf die Ziele und die Richtungen in der polnischen anthropologischen Forschung. Die drei genannten Büchereien und in Ergänzung dazu die Staatsbibliothek enthielten etwa 800 Veröffentlichungen polnischer Autoren, die zum Gesamtaufgabengebiet Anthropologie in einer Beziehung standen. Es darf angenommen werden, dass diese Veröffentlichungen im wesentlichen die gesamte Fachliteratur umfassen. Wenn man diese Arbeiten unabhängig von Wert, Umfang, wissenschaftlicher Tiefe und fachlicher Bedeutung nach Sachgebieten ordnet, ergibt sich eine besondere Häufung auf den Gebieten, die sich mit Untersuchungsverfahren, mit Fragen der Stellung der Wissenschaft zu den übrigen, mit rein feststellend-beschreibenden Aufgaben befassen. Einen weiten Raum nimmt die Vorgeschichte ein. Hierher gehören nur zu einem geringen Teile Untersuchungen an Skelettresten sondern meist Untersuchungen der Geräte und Beigaben. Ein besonders bevorzugtes Gebiet ist dasjenige der beschreibenden Wissenschaft, der Anatomie und der Physiologie, wobei jedoch der Begriff der Physiologie nicht weit gefasst werden darf. Er beschränkt sich vorwiegend auf die Beobachtung von Wachstumsveränderungen und auf die Beobachtung von Entwicklungszuständen einzelner Merkmale. Die Arbeiten, welche die Ergebnisse der anthropologischen Untersuchungen in der Bevölkerung behandeln, stehen nach ihrer Häufigkeit an der zweiten Stelle. Eine gewaltige Einschränkung muss auch hier gemacht werden. So erfreulich gross die Zahl der Arbeiten ist, so gering ist der Wert, den sie auf Grund ihrer einseitigen Betrachtungsweise besitzen. Abgesehen davon, dass man oftmals nur ein einzelnes Merkmal wie etwa Augenhöhle, Ohrgrösse, Nasenhöhe usw. in der Bevölkerung untersucht, leiden alle Arbeiten an dem gleichen Mangel, dass die Untersuchungen wahllos durchgeführt wurden, ohne Rücksicht auf geschichtliche oder gesellschaftliche Gruppen, bei Verzicht auf völkische Besonderheiten und geographische oder politische Grenzen. In den meisten Fällen ist der Wert der Untersuchungen dadurch erheblich vermindert, dass sich die Ergebnisse auf allzu wenige Unterlagen stützen. Bisweilen sind in einem ganzen Verwaltungskreis nur 2 bis 3 Personen untersucht worden, deren anthropologische Untersuchungsergebnisse dann zu Unrecht als anthropologische Kennzeichen der Bevölkerung des betreffenden Kreises bezeichnet werden. Von 42 Arbeiten, welche sich auf Untersuchungen der Verfasser stützen und die Vergleichsmöglichkeiten bieten, stammen 11 aus der Zeit vor 1900, weitere 15 aus der Zeit zwischen 1900 und 1914 (1914 erschien die erste Auflage des Lehrbuches von R. Martin. Erst seit dieser Zeit ist eine Einheitlichkeit der Beobachtung und der Messverfahren wahrscheinlich geworden). Zwischen 1914 und 1924 erschienen 5, von 1924 — 1930 ebenfalls 5 und nach 1930 bis zur Gegenwart 6 Veröffentlichungen von Ergebnissen der Bevölkerungsuntersuchungen. Die beigegebene Karte des Generalgouvernements versucht einen Überblick zu geben über die bisher von den Polen geleisteten anthropologischen Forschungen. Eine erste grosse Untersuchung, die den weitaus grössten Teil des früheren polnischen Staates umfasst, legte Zakrzewski im Jahre 1891 mit den Ergeb-

nissen einer umfassenden Rekrutenuntersuchung vor. Bei Angabe der Zahl der Untersuchten hat er die Ergebnisse für 85 frühere Verwaltungskreise gesondert mitgeteilt. Insgesamt wurden 167 014 Rekruten erfasst. Da die Untersuchung damals noch nicht nach dem heute üblichen Messverfahren durchgeführt worden ist, lassen sich ihre Ergebnisse nicht mit den heutigen vergleichen. Sie sind daher in der beigefügten Karte nicht aufgenommen. In neuerer Zeit hat Mydlarski 1928 die Ergebnisse von Militäruntersuchungen mitgeteilt. Seine Angaben stützen sich auf 120 000 untersuchte Wehrtaugliche. Zu berücksichtigen ist, dass es sich nicht um den Durchschnitt einer Bevölkerung handelt, sondern in mehrfacher Hinsicht um eine ganz besondere Auslese; denn zunächst sind es nicht nur durchschnittlich gesunde Männer einer bestimmten Altersklasse und auch nicht wehrdienstpflichtige, sondern nur die zum Wehrdienst einberufenen Männer. Überraschend ist, dass hierbei meist Männer mit einem grossen Anteil nordischer Erbanlagen fehlen, weil sie als körperlich unterentwickelt betrachtet wurden und zum Wehrdienst untauglich erschienen. Desgleichen wurden häufig ostische und dinarische Männer wegen Untauglichkeit ausgeschieden. Die Untersuchung wurde über einen Zeitraum von 10 Jahren durchgeführt und umfasste jeweils mehrere Geburtsjahrgänge. Es sind bei dieser Untersuchung 33 Merkmale beobachtet worden, von denen nur die Körperhöhe und das Körpergewicht bisher veröffentlicht worden sind. Eine Reihe weiterer Merkmale war bereits in Bearbeitung oder wie die Kopf-, Gesichts-Indizes und Haar- und Augenfarbe bereits abgeschlossen, jedoch nicht für die einzelnen Kreise, sondern für die Wojewodschaften berechnet. Ausser diesen Sammeluntersuchungen liegen in neuerer Zeit nur noch ganz wenige Einzeluntersuchungen vor. Hier sind in erster Linie die Untersuchungen von J. Talko-Hryncewicz zu nennen, die er 1920—1934 in den Gebieten von Brockau, Tarnow, Neumarkt, Neu-Sandez durchgeführt hat. 1918 untersuchte Lencewicz die Bevölkerung der Kielcer Berge, 1919 Loth die Bevölkerung in einigen Dörfern im Kreise Miechow und Wrzosek die Bevölkerung an den Grenzen der Kreise Neu-Sandez und Limanowa. Neben diesen Untersuchungen liegen noch einige vor, die aber kaum berücksichtigt zu werden brauchen, weil sich die Ergebnisse auf eine allzu geringe Zahl von Personen stützen. Untersuchungen, die weniger als 10 Personen umfassen, sind in die Karte nicht eingetragen worden. Ferner ist in der Karte bei den Einzeluntersuchungen keine Unterscheidung zwischen Männern und Frauen gemacht, sondern nur die Anzahl der untersuchten Personen eingetragen worden.

Nach der Häufigkeit der Veröffentlichungen geordnet, liegen Arbeiten polnischer Autoren vor über folgende Sachgebiete:

1. Anthropologische Untersuchungen innerhalb des polnischen Staates 13,3%
2. Anatomie und Physiologie 13,4%
3. Vorgeschichte 11,5%
4. Systematik 8,3%
5. Anthropologische Verfahren 7,9%
6. Frühe Menschenformen (einschl. Mittelalter) 6,6%
7. Völkerkunde 5,8%
8. Arbeitsberichte und Geschichte der wissenschaftlichen Institute 5,3%

9.	Anthropologische Untersuchungen (ausserpolnisch.)	4,0%
10.	Lexika, Sammelwerke ohne eigene Forschung	3,7%
11.	Biographien	3,1%
12.	Aussereuropäische Rassen	3,1%
13.	Medizin	2,6%
14.	Biologie, Erblehre (ohne Forschung!), Rassenkunde	2,6%
15.	Soziologie	2,2%
16.	Nachbargebiete/Fremdes, Baukunst usw.	1,3%
17.	Psychologie	1,2%
18.	Eugenik	1,2%
19.	Geschichtliche Stoffe	0,7%
20.	Geographie, Expeditionen	0,6%
		97,4%

Der noch verbleibende Rest verteilt sich auf die Sachgebiete Psychologie, Brauchtum, Statistik, Rechtswesen, Politik und Weltanschauung (Kritik an der deutschen Wissenschaft). Das grosse Gebiet der Volkstumskunde ist durch eine einzige Veröffentlichung vertreten. Erst wenn die Ergebnisse der anthropologischen Bevölkerungserhebungen durch soziologische und psychologische Beobachtungen und durch die Betrachtungen über die Lebensform (Volkskunde) einer Bevölkerungsgruppe ergänzt werden, entsteht die Anthropologie einer Bevölkerung und kann von der rassischen Beschaffenheit einer Bevölkerung gesprochen werden. Das ist in Polen in keiner Arbeit zufriedenstellend getan worden. Die anthropologischen Arbeiten und die der wissenschaftlichen Institute wurden in keiner Weise durch staatliche Mittel gefördert. Die Forschung ist dadurch erschwert worden. Diesen Misstand haben aber die Wissenschaftler selbst herbeigeführt. Die Ursache für die mangelnde Unterstützung war die Erkenntnis, dass alle anthropologischen Arbeiten in keiner Weise dem Staate nützlich sein konnten. Anatomische Beobachtungen und bis ins einzelne gehende phänotypisch-somatologische Beschreibungen von willkürlich ausgewählten Menschengruppen haben für den Staat und seine Verwaltung ebenso wenig Bedeutung wie eine Darstellung wissenschaftlicher Verfahren und Einteilungsgrundsätze. An allen Arbeiten lässt sich beobachten, dass die Verfasser bemüht waren, Formengruppen (Typen!) herauszustellen. Typen sind aber — wie wir oben bereits erwähnten — nicht wandlungsfähig, sondern starr und unveränderlich. Lebende Bevölkerungsgruppen unterliegen einer ständigen Umformung und Umschichtung.

Für die anthropologische Wissenschaft war Polen und das polnische Volk kein lebenskundlicher Begriff. Das Volk war kein gewachsener Körper, der seine eigenen Lebensgesetze befolgte, sondern nur eine staatliche Form, eine Verwaltungseinheit, die sich nach Wunsch und Macht beliebig erweitern oder umgestalten liess. Kennzeichnend dafür, dass diese Auffassung auch in den Reihen der Fachwissenschaftler geherrscht hat, ist die Tatsache, dass keine der vielen Arbeiten die lebensgesetzliche Entwicklung einer Menschengruppe behandelt, dass fernerhin an keiner Stelle das Gesetz der Auslese oder der Beeinflussbarkeit der Auslese erwähnt wird. Keine Arbeit nimmt Bezug auf die Folgen von Völkermischungen. Vererbungsversuche sowie Beobachtun-

gen über den Einfluss von Erbe und Umwelt sind weder für den Einzelnen noch für Gruppen angestellt worden.

Die polnische anthropologische Wissenschaft hat ihre Zugehörigkeit zur Biologie nicht erkannt, weder den Weg noch die Beziehung zum lebenden Volk und seiner Entwicklung gesehen und hat ihre Arbeit nicht in den Dienst des Volkes gestellt, weil sie die entsprechenden Zusammenhänge nicht gefunden hat. Sie war eine unfruchtbare und beziehungslose Wissenschaft ohne Bedeutung für die Zukunft und Entwicklung dieses Volkes.

Die polnische Überheblichkeit, die bisweilen in Grausamkeiten gegenüber den Angehörigen anderer Volksgruppen ausartete, entsprang daher auch nicht einem überspitzten völkischen Bewusstsein, sondern einem unbegründeten Hass gegenüber den Menschen höherer Gesittung, die ihre Aufgabe und Verpflichtung darin sahen, ihre Arbeiten in den Dienst ihres Volkes zu stellen. In der leistungsmässigen und charakterlichen Überlegenheit, die sich aus der rassischen Andersartigkeit des deutschen Volkes ergab, erblickten die Polen für sich eine Gefahr, der sie sich nicht gewachsen fühlten. In Verkennung der deutschen rassenpolitischen und volkspolitischen Zielsetzungen brachten sie diesen — ihnen unverständlichen — Dingen gegenüber eine ablehnende oder gar feindselige Haltung zum Ausdruck. Hinzu kam noch, dass die katholische Kirche in Polen die wissenschaftliche Arbeit besonders streng beaufsichtigte und die Grenzen festsetzte, über welche die Forschung nicht hinausgehen durfte. Sie verhinderte es, dass die erbkundlichen Erkenntnisse aus dem Tier- und Pflanzenleben auch für den Menschen in Anwendung gebracht werden konnten. Volkspflege, Rassenpflege (Eugenik) waren daher Dinge, die fast als Geheimwissenschaft betrieben werden mussten. In den Universitäten und in den Seminaren der Studenten wurden sie nicht behandelt. Die wenigen Wissenschaftler[2]), die es dennoch unternahmen, sich mit diesen — für ein Volk so wichtigen — Dingen zu befassen, fanden nicht einmal in den Kreisen der Fachantropologen Verständnis und Zustimmung.

Bei aller Vielseitigkeit und trotz der grossen Anzahl der Veröffentlichungen lässt sich zusammenfassend sagen, dass es keine polnische anthropologische und noch viel weniger eine polnische rassenkundliche Wissenschaft gegeben hat. Der Begriff einer völkischen Wissenschaft war überhaupt unbekannt. Man trieb Polemik, die jeder ernsten wissenschaftlichen Grundlage entbehrte oder man trat entsprechend den Weisungen der internationalen katholischen Kirche für eine sogenannte voraussetzungslose, objektive Wissenschaft ein.

---

[2]) Eug. Stolyhwowa, Wernic u. a.

DIE ECKPFEILER DES WEICHSELVERKEHRS

VON DR. HELMUT MEINHOLD,
Referent am Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau

I

DIE VERKEHRSBEDEUTUNG DER WEICHSEL IM EHEMALIGEN POLEN

Die Weichsel ist durch das Reich vom ehemaligen Polen als ein Strom übernommen worden, der, im Ausbau völlig vernachlässigt, als Wasserstrasse keine Rolle spielte. Im Jahre 1938 wurden auf der ganzen Weichsel und ihren Nebenflüssen neben 219955 m³ Holz nur 462706 t Güter verladen. Davon entfielen 200000 t auf den Verkehr auf der oberen Weichsel, fast ausschliesslich Kohlenverkehr zwischen Ostoberschlesien und dem Krakauer Gebiet. 170000 t wurden, zumeist aus den Gebieten unterhalb Modlins, nach Warschau verladen, und der geringfügige Rest beschränkte sich überwiegend auf den unteren Weichsellauf.[1])

Ein Durchgangsverkehr oder überhaupt ein bedeutender Verkehr wurde also auf dem Strom nicht abgewickelt. Wir können das am ehesten ermessen, wenn wir zum Vergleich den Oderverkehr heranziehen. Auf der um ein Viertel kürzeren Oder, deren Einzugsgebiet wegen der sehr viel kleineren Nebenflüsse nur etwa ein Drittel von der Fläche des Weichseleinzugsgebietes umfasst, betrug in den letzten Jahren der Flussverkehr, auch wenn der Flössverkehr auf der Weichsel mit eingerechnet wird, mehr als das zwölffache als auf der Weichsel.[2]) So können für die Weichsel in der jüngst vergangenen Zeit nur zwei, überdies mengenmässig unbedeutende, Verkehrsfunktionen festgestellt werden:

1) Die Holzflösserei, die zumeist von den aus den Karpaten und aus dem Pripetgebiet zuströmenden Nebenflüssen ausging, sich vorwiegend auf relativ kurze Strecken beschränkte und im Rahmen des gesamten polnischen Holzverkehrs eine auffallend geringe Bedeutung hatte.

2) Die Versorgung der wenigen grösseren Industriezonen an der Weichsel, hauptsächlich Krakaus, Warschaus und der Städte an der unteren Weichsel, mit einigen Massengütern. Es muss aber festgehalten werden, dass der Strom für die Massengüterversorgung dieser Städte nicht etwa Hauptverkehrsader war. Dazu war die Kontinuität der Weichselschiffahrt zu wenig gesichert. Ist doch die Weichsel nicht nur während eines Drittels des Jahres wegen der Vereisung für jede Schiffahrt gesperrt. Sie fällt auch, wenigstens bis zur Bugmündung, in einem grossen Teil des

---

¹) Statystyka przewozów na drogach wodnych śródlądowych, 1938, Statystyka Polski, Seria C Bd. 107, Warschau 1939, S. 10.

²) Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich, 1938.

Sommers als Schiffahrtsstrasse aus, weil die Tiefe des Stromes dann nicht einmal mehr für die 50 t-Kähne ausreicht.[3]) Bestenfalls war die Schiffahrt nach Krakau überhaupt nur mit 50 t-Kähnen, nach Warschau mit 200 t-Kähnen möglich.[4]) Das sind Schiffsgrössen, die einen modernen Massengutverkehr nicht mehr erlauben. So kann es nicht wunder nehmen, dass von den rd. 1,6 Mill. t Kohle, die im Jahre 1937 in der damaligen Provinz Krakau abgesetzt wurden (ohne Eigenverbrauch der Bergwerke sowie ohne Verbrauch von Eisenbahn und Schiffahrt),[5]) nur etwa ein Neuntel auf der Weichsel transportiert wurden.[6])

Verkehrspolitisch also war die Weichsel im ehemaligen Polen ein Strom ohne jede Wirtschaftsbedeutung. Das ist umso auffallender, als doch das Stromgebiet der Weichsel den Hauptteil des damaligen polnischen Staatsgebietes ausmachte. Oft auch wurde dieses Missverhältnis zwischen Grösse und Verkehrsbedeutung empfunden. Phantastische Pläne wurden geschmiedet. Man wollte durch Verbindung von San und Dnjestr eine neue Durchgangsstrasse zwischen Ostsee und Schwarzem Meer schaffen und dadurch den internationalen Binnenschiffsverkehr durch Polen ziehen.[7]) Doch blieb es bei den Plänen. Man wollte die Weichsel zu einer wesentlichen Standortsgrundlage des zentralen Industriegebietes machen, indem man den Strom mindestens für die Heranschaffung der benötigten Kohlenmengen benutzte.[8]) Der Kohlenverkehr dorthin erhielt 1938 einen Umfang von 13 000 t, man sah die eigene Unfähigkeit zur Durchführung solcher Pläne und verlegte die Verkehrsplanung für das neue Industriegebiet auf die Eisenbahnplanungen. Man wollte Warschau zu einem bedeutenden Binnenschiffahrtshafen ausbauen. Es blieb aber ein Provinzhafen, der unter den Binnenhäfen des Altreichs etwa an 110-ter Stelle gestanden hätte.[9])

Suchen wir nach Gründen für diesen fast unglaublich anmutenden Zustand, so werden wir sie in erster Linie in der polnischen Unfähigkeit suchen, zwar nicht, Pläne zu entwerfen, aber sie auszuführen. Tatsächlich darf dieser Unfähigkeit ein ganz wesentlicher Teil der Schuld beigemessen werden. Die eigentlichen Ursachen lagen aber viel tiefer, nämlich in der teils nicht gekonnten, teils politisch nicht gewollten Erkenntnis von der ver-

---

[3]) Vgl. Rehder, P. Der Weichselstrom und seine Bewirtschaftung, in Winkel, R., Die Weichsel, Leipzig 1939, S. 204 ff.

[4]) Mały rocznik statystyczny, 1939, S. 202.

[5]) Gryziewicz, St., Rynek węglowy w Polsce, Kattowitz 1939, Anhang Tabelle 9.

[6]) Statystyka przewozów na drogach wodnych śródlądowych, a. a. O.

[7]) Vgl. Malakiewicz, M., Drogi wodne środkowo-europejskie a regulacja i kanalizacja Wisły, Sanu i Dniestru, oraz kanał Bałtyk—Morze Czarne z połączeniem do Lwowa, Lemberg 1938, und die dort zitierten Pläne.

[8]) Vgl. Hahn, W. Die verkehrspolitische Bedeutung und der Ausbau der polnischen Wasserstrassen, Beiträge zur Wirtschafts- und Verkehrsgeographie Polens, H. 29 der Veröffentlichungen der schles. Gesellschaft für Erdkunde, Breslau 1939, S. 43.

[9]) Statystyka przewozów, a. a. O., Die Binnenschiffahrt im Jahre 1937, Statistik des deutschen Reichs, Bd. 515.

kehrsgeographischen Grundstruktur des Weichselgebietes. Um das zu erkennen, müssen wir uns sowohl mit der verkehrsgeographischen Lage als auch mit der geschichtlichen Entwicklung des Weichselverkehrs befassen.

II

DIE VERKEHRSSTRUKTUR DES WEICHSELGEBIETES

Die Verkehrsstruktur eines Gebietes bestimmt sich in erster Linie nach zwei Faktoren: den natürlichen, also geographischen Vorbedingungen, die der Verkehr findet, und den Verkehrsspannungen, die zwischen den angrenzenden Räumen und auch zwischen den einzelnen Gebietsteilen bestehen. Über den ersten dieser Faktoren, den der geographischen Grundlagen, hat bereits Haas im letzten Dezemberheft des „Vorfeld“[10]) berichtet. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Oberflächengestalt eine Ostwestrichtung des Verkehrs begünstigt, und stellt als natürliche „Verkehrsleitlinien“ folgende heraus: Die Weichsel—Netze—Warthe—Leitlinie, die Leitlinie Berlin—Posen—Litzmannstadt—Warschau, die Leitlinie Breslau—Kattowitz—Krakau—Lemberg sowie die Leitlinie Augsburg—München—Wien—Mährische Senke—Krakau—Lemberg.

Diese Feststellungen finden ihre Ergänzungen in der Richtung der in diesem Raum vorhandenen Verkehrsspannungen. Es sind wie im Verlauf der Geschichte so auch heute deren zwei zu erkennen. Die eine verläuft südnördlich, von Krakau bzw. Kattowitz nach Danzig und bildet damit gewissermassen die Basis des grossen Weichselbogens. In neuerer Zeit wird diese Verkehrslinie vor allem durch den zwischen Oberschlesien und den Ostseehäfen vorhandenen Güteraustausch repräsentiert. Die zweite und, wie gezeigt werden wird, für den eigentlichen Weichselverkehr wesentlichere folgt den anderen aufgezeigten Verkehrsleitlinien, hat also westöstliche Richtung. Sie wird gebildet einmal vom Durchgangsverkehr zwischen Mittel- und Osteuropa, zweitens von dem im Weichselgebiet selbst anfallenden Verkehr und füllt den weit nach Osten greifenden, durch den Verlauf der Weichsel angedeuteten Bogen.

Das Bemerkenswerte ist, dass diejenige der beiden Verkehrsspannungen, die zwischen Quellgebiet und Mündungsgebiet der Weichsel besteht, also im ganzen südnördliche Richtung hat, für den Weichselverkehr unmittelbar ohne Bedeutung ist. Eine mittelbare Bedeutung kann sie nur dann bekommen, wenn sich im Zuge dieser Spannung, also auf der geraden Linie zwischen Oberschlesien und Danzig, eine Wirtschaft entwickelt, die für den Westostverkehr wichtig wird. Dieser Westostverkehr, obwohl dem im ganzen südnördlich gerichteten Weichsellauf entgegengesetzt, ist der eigentliche Träger des Verkehrs auf der Weichsel.

Die südnördliche Verkehrsachse ist nämlich, wenigstens zum überwiegenden Teil, nicht natürlich, da sie keine geradlinige Fortsetzung findet. Kann doch eine grosse

[10]) „Das Vorfeld“ Schulungsbrief der NSDAP für das Generalgouvernement, Zeitungsverlag Krakau-Warschau G. m. b. H., Krakau, Dezemberheft 1940 S. 16.

Durchgangslinie nur dann als berechtigt gelten, wenn sie der Gesamtlinie des Verkehrs, den sie trägt, einigermassen gleichgerichtet ist. Nur der von Oberschlesien ausgehende Verkehr in den unteren Weichselraum und in die Ostseegebiete hat aber wirklich die Südnordrichtung. Dieser Verkehr machte indessen in jüngster Zeit nur ein Viertel des zwischen Oberschlesien und der Weichselmündung abgewickelten Güteraustausches aus. Dreiviertel wurden vom ehemaligen polnischen Staat künstlich in diese Richtung, die durch die „Kohlenmagistrale“ Kattowitz-Gotenhafen repräsentiert wurde, gezwängt. An sich hatte der Güteraustausch aber westliche oder gar südwestliche Tendenz[11]).

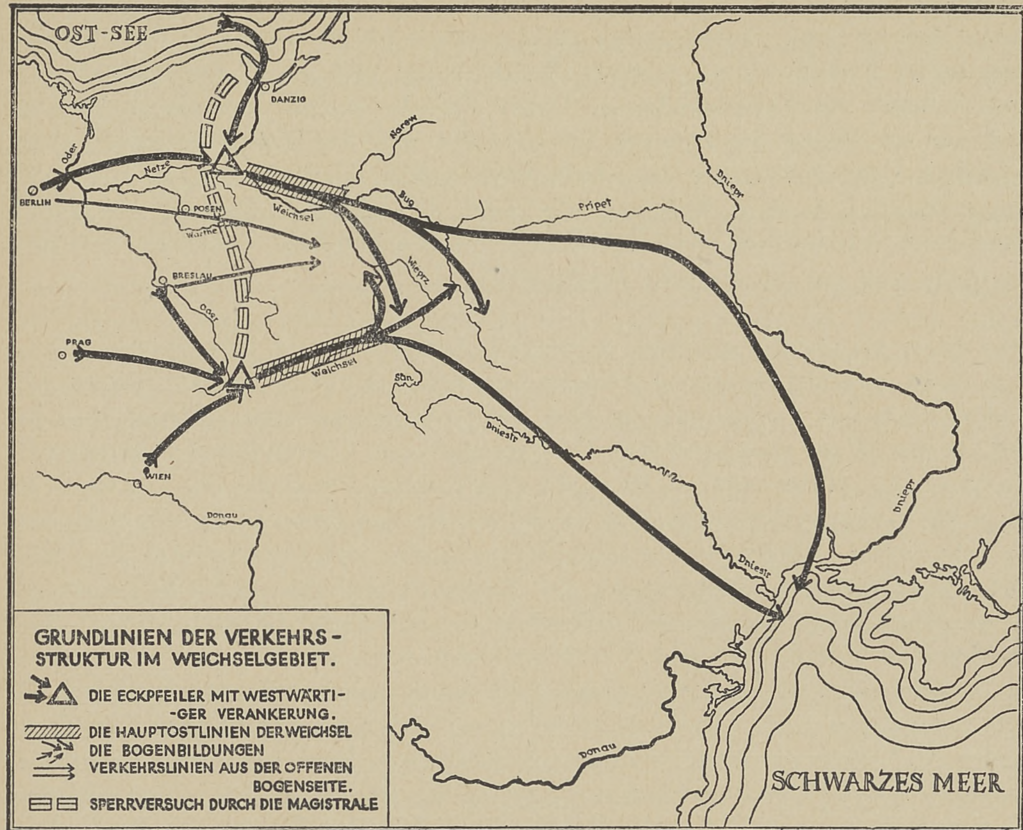
Nur durch die abnorm niedrigen polnischen Kampftarife, die jeder Wirtschaftlichkeit Hohn sprachen, konnte es gelingen, einen Teil des tschechischen, ungarischen und rumänischen Ausfuhrverkehrs über die Magistrale zu lenken. Daran, dass die auf diesem Wege transportierten Gütermengen von Gotenhafen aus grossenteils die westlichen Meere suchten, ist leicht zu erkennen, wie wenig die Magistrale im Zuge des Gesamtverkehrs lag. Das gleiche gilt für den Grossteil des Oberschlesienverkehrs selbst. Die wichtigsten natürlichen Absatz- und Bezugsgebiete Oberschlesiens liegen teilweise in Osteuropa, der Verkehr folgte also vernünftigerweise der geographisch durch den oberen Weichsellauf vorgezeichneten Westostrichtung. Oder sie liegen in Mittel-, Süd- und Westdeutschland, sowie in Süd- und Südosteuropa, in Gebieten also, die entweder durch Schlesien in nordwestlicher oder durch die mährische Senke in südwestlicher Richtung am leichtesten zu erreichen sind. Wenn bisher der Verkehr Ostoberschlesiens nach Nordwesten keine Rolle spielte — im Gegensatz zu dem Westoberschlesiens —, so ist das eine Folge der widernatürlichen Grenzziehung gewesen und wird sich ohne Zweifel ändern. Wenn sogar der Verkehr nach Südwesten in nördliche Richtung abgedrängt wurde, indem etwa Kohle nach Wien über die Magistrale bis Gotenhafen, dann zur See nach Triest und von dort zu Lande nach Wien geschafft wurde[12]), so können wir sicher sein, dass sich solche Unsinnigkeiten nicht wiederholen.

Auch der, wie gesagt kleinere, in seiner Bedeutung jedoch nicht zu unterschätzende Teil des bisherigen Südnordverkehrs, der tatsächlich den Norden sucht und daher in Zukunft diese Richtung beibehalten wird — er mag sich infolge verstärkter Kohlenausfuhren nach Skandinavien sogar noch steigern —, kommt aber als Weichselverkehr im engeren Sinne kaum in Betracht. Die Weichselschiffahrt wird gegenüber der Eisenbahn in ihrer Konkurrenzfähigkeit immer dadurch beengt bleiben, dass die Weichsel infolge ihres grossen Bogens um mehr als die Hälfte länger ist als der direkte Landweg. Die Kohlenmagistrale von Kattowitz bis Gotenhafen ist 533 km lang, der Wasserweg von Myslowitz über Przemsza und Weichsel bis Danzig dage-

---

[11]) Vgl. die demnächst erscheinenden Ausführungen des Verfassers über „Die verkehrspolitische Bedeutung der Weichsel im deutschen Ostraum“ im Jahrbuch des Instituts für Deutsche Ostarbeit, Krakau 1941.

[12]) Hackenberg, W., Die polnische Kohlenmagistrale, Beiträge zur Wirtschafts- und Verkehrsgeographie Polens, a. a. O. S. 68.



Verkehrsgrundlinien im Weichselgebiet

gen 929 km. Bei den bisher geltenden Seehafentarifen der Deutschen Reichsbahn — um ganz zu schweigen von den polnischen Kampftarifen — war aber selbst bei geradlinigen Flüssen die Konkurrenzfähigkeit begrenzt. So diente die Oder zwar in bedeutendem Umfang Kohlentransporten aus Oberschlesien ins Reich, vor allem nach Berlin. Den Transport der Exportkohle übernahm dagegen ganz überwiegend die Bahn.[13]) Selbst wenn wir annehmen, dass die Tarifgestaltung in Zukunft die Binnenschiffahrt stärker in den Vordergrund rücken wird, so bleibt doch die Weichsel im Vergleich zur Oder immer benachteiligt.

Die westöstlich gerichtete Verkehrsspannung kann dagegen bei entsprechender Entwicklung den Weichselverkehr in grösstem Umfange befruchten, wenn das Wasserstrassennetz einen grösseren Ausbau erfährt. Die Weichsel selbst verläuft in zwei grossen Teilstrecken ungefähr in Breitengradrichtung. Der Oberlauf der Weichsel ist als Verkehrsweg zwischen dem südlichen Mitteleuropa und Osteuropa geradezu

---

[13]) Die Binnenschiffahrt und die Güterbewegung auf Deutschen Eisenbahnen, Statistik des deutschen Reichs, jährlich.

vorgezeichnet. Gibt man dem Strom auf beiden Seiten eine Verlängerung, im Westen durch Bau des Oder—Weichsel- und des Oder—Donaukanals, im Osten durch Verbindung von San und Dnjestr oder durch geradlinige Verbindung von oberer Weichsel und Bug etwa über den Wieprz, so haben wir hier eine durchgehende Wasserstrasse, die den Güterverkehr zwischen Süddeutschland und Oberschlesien einerseits, dem östlichen Generalgouvernement und Südrussland andererseits vermitteln kann. Im Norden gilt das gleiche für den Weichselteil von Fordon bis zur Bugmündung. Er ist auf der einen Seite durch den Bromberger Kanal, Netze und Warthe mit Mitteldeutschland, auf der anderen Seite durch Bug, Königskanal und Pripet mit Südrussland verbunden.

Wir sehen also zwei hauptsächliche Verkehrsachsen, die sich nach Osten hin näher kommen und dort auch vielfältig zu Bögen schliessen. Ein Verkehr von Danzig oder Mitteldeutschland über Bromberg nach dem südöstlichen Generalgouvernement und ein Verkehr zwischen Oberschlesien und dem nordöstlichen Generalgouvernement schliesst den ersten Verkehrsbogen, den eigentlichen Weichselbogen. Der zweite, östlichere Bogen kann geschlossen werden, wenn der Bugausbau und eine Kanalverbindung Weichsel—Bug über den Wieprz zustande kommen. Dann treffen sich die beiden grossen Achsen bei Terespol/Brest. Den Dritten und grössten Bogen bilden im Norden die Weichsel—Bug—Pripet—Dnjepr-, im Süden die Weichsel—San—Dnjestrverbindung, die im Schwarzen Meer zusammentreffen (vergl. Karte).

Eine dreifache Bogenbildung also, die immer den westlichen Teil offen lässt und nach Osten zu in ihrer Wirksamkeit schwächer wird. Das Kattowitz-Krakauer Gebiet im Süden, das Weichselknie im Norden sind die Eckpfeiler dieser Bögen. Dazwischen liegt Posen (und Breslau, das aber auch für den Weg über Krakau grössere Bedeutung hat) als Ausgangspunkt der Erschliessung des vom Weichselbogen eingeschlossenen Landgebietes.

Beide Eckpfeiler sind nach Westen hin mannigfaltig verankert, das Weichselknie über Danzig mit dem Meer und über den Bromberger Kanal mit Mitteldeutschland, das Kattowitz-Krakauer Gebiet über Breslau und Wien mit Mittel- und Süddeutschland. Diese Bogen- und Eckpfeilerbildung erzwingt geradezu eine politische Folgerung. Das Gebiet ist immer Stosskeil nach Osten, dagegen offen nur nach Westen. Vom Reich her muss also die wirtschaftliche und politische Durchdringung des Weichselgebietes erfolgen. Verschliesst ein Weichselstaat sich diesen natürlichen Grundlinien seines Gebietes und konstruiert hier einen eigengesetzlichen Raum[14]), wie es das ehemalige Polen tat, so muss sich das auf die Dauer rächen. Die Geschichte bietet mannigfaltige Beweise dieser Tatsache.

---

[14]) Zur Frage des Weichsel-„Raumes“ vgl. auch Graul, H., Geopolitische Betrachtungen zum Weichselgebiet, Deutsche Forschung im Osten, Krakau 1941, Jg. 1 H. 1/2 S. 3 sowie die dort angeführte Literatur.

III

DIE VERKEHRSGESCHICHTE DER WEICHSEL ALS POLITISCHE GESCHICHTE

Seitdem es eine geschlossene Verkehrsgeschichte der Weichsel gibt, also seit etwa 1200 n. d. Zw., hat das Gebiet der unteren Weichsel, der nördliche der beiden Eckfeiler, als Ausgangsgebiet der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung des Weichsellandes eine grössere Rolle gespielt als der südliche.[15]) Die Bedeutung der Mährischen Senke und Oberschlesiens ist daneben aber immer erkennbar geblieben und hat ihren sichtbaren Ausdruck in der Blüte der Handelsstadt Krakau gefunden. In neuerer Zeit ist das Gewicht dieses südlichen Eckpfeilers infolge der raschen Entwicklung des oberschlesischen Industriegebietes immer mehr gewachsen und mag in Zukunft dem des nördlichen gleichkommen.

Schon die Bewegung der Germanen, die erste Durchdringung unseres Gebietes, die sich genauer verfolgen lässt, war im wesentlichen vom Unterlauf der Weichsel her und weniger über Oberschlesien erfolgt. Mit dem Abzug der meisten Germanen wurde der Versuch, das Land auf dem natürlichen Wege, also von Westen her, zu durchdringen, zunächst aufgegeben. Die Germanen liessen einen nur noch mit einer germanischen Restbevölkerung besetzten Raum zurück, in welchem dem langsamen Einsickern der im Gefolge der Awaren heranziehenden Westlawen von Osten her kein Widerstand geboten wurde. Es ist aber bezeichnend, dass die erste slawische Staatenbildung im Weichselgebiet nicht durch Einflüsse aus dem Osten angeregt wurde. Alles spricht dafür, dass diese Staatenbildung eine Tat der Wikinger, die wieder von der Weichselmündung her auf dem Wasserwege kamen, gewesen sein muss.[16])

Dort erfolgte auch die Staatengründung, die das Weichselgebiet erst eigentlich und unmittelbar mit der politischen Geschichte Europas verband, die Gründung des Ordensstaates. Er selbst ist in unmittelbarer Anlehnung an die Weichsel entstanden, für die Eroberung Preussens spielte die Weichsel als rückwärtige Querverbindung und als Strasse zu dem vom verbündeten Lübeck beherrschten Meer strategisch eine ausserordentlich grosse Rolle.[17]) Auch weiterhin blieb das Geschick des Ordens auf das engste mit dem Strom verknüpft. In unserem Rahmen ist dabei von besonderer Bedeutung, dass von den mit dem Ordensstaat aufgeblühten Städten an der unteren Weichsel, insbesondere von Thorn aus eine bedeutende wirtschaftliche Befruchtung des ganzen Weichselgebietes erfolgte. Die Blütezeit Thorns, der „Königin der Weichsel", im 14. Jahrhundert ist wohl der interessanteste Zeitabschnitt in der Verkehrsgeschichte des Stromes und lässt beträchtliche Parallelen zur heutigen Zeit erkennen.[18])

---

[15]) Vgl. Krannhals, D., Die Rolle der Weichsel in der Wirtschaftsgeschichte des Ostens, in Winkel, R., Die Weichsel, a. a. O. S. 77 ff.

[16]) Radig, W., Die Vorgeschichte des ostdeutschen Lebensraumes, in Die Burg, Krakau 1941, Jg. 2, Heft 1 S. 5 ff.

[17]) Krannhals, D., a. a. O., S. 88.

[18]) Dazu: Oesterreich, H., Die Handelswege Thorns im Mittelalter, Diss. Breslau, Danzig 1890.

Allerdings waren die verkehrsgeographischen Vorbedingungen damals etwas andere als heute. Der Unterschied zwischen dem gewerblich hochentwickelten Westen und dem rohstoffreichen Osten war noch nicht so ausgeprägt wie in jüngster Zeit, wenn auch deutlich vorhanden. Ferner besass die Ostsee als Kerngebiet der hansischen Macht für den Verkehr eine sehr viel stärkere Anziehungskraft als heute. So vollzog sich ein grosser Güterstrom (hauptsächlich Bergbauprodukte) von Ungarn über Krakau oder Neusandez nach Thorn und von dort weiter nach Westen. Erst im über 15. Jahrhundert, als der Handel im unteren Weichselgebiet durch die Kriege zwischen dem Deutschen Ritterorden und Polen gestört wurde, gingen diese Güter den geraderen Weg über Nürnberg. Das hauptsächliche Hinterland Thorns wurde aber durch das Weichselgebiet gebildet. Von Norden her kamen die überseeischen Güter, wie englische und flandrische Tuche, Erzeugnisse der skandinavischen Fischerei und Viehzucht und wurden auf die von Thorn ausgehenden Handelsstrassen verteilt. Teils gingen diese Strassen direkt nach Südwesten oder Süden, wie nach Posen, Breslau und Krakau. Grossenteils folgten sie aber auch der Weichsel, um entweder zum Narew oder zum Bug (auf dem letzteren besonders nach Wladimir/Wolhynien) abzuzweigen oder auch weiter dem Weichsellauf zu folgen und dann zu Lande weiter nach Lemberg in südöstlicher oder den Dunajec aufwärts in südlicher Richtung zu gehen. Ein weiträumiges Strassennetz also, in dem aber die südöstliche, durch die Weichsel vorgezeichnete Richtung deutlich als eine der Hauptrichtungen hervortritt. Nicht immer wurden die Güter auf der Weichsel selbst verfrachtet, sie folgten auch den dem Strom parallel laufenden Landstrassen. Doch hat die Binnenschiffahrt keine unbedeutende Rolle gespielt.

Wichtig ist in unserem Rahmen vor allem, dass der Thorner Einfluss hier, am oberen Weichsellauf und in Lemberg, auf den Einfluss der westlichen Städte, vor allem auf den von Krakau und Breslau, stiess. Zum erstenmal wurde damals also die Bogenbildung, ausgehend von den beiden Eckpfeilern, sichtbar, die oben als die natürliche Grundlinie des Weichselgebietes gezeichnet wurde. Schon gegen Ende des 13. Jahrhunderts bestand eine lebhafte Konkurrenz zwischen Krakau und Thorn. Sie bezog sich allerdings weniger auf den Weichselhandel als auf den Ungarnhandel, den Krakau von Thorn abzuhalten trachtete. Der Weichselhandel Krakaus benutzte den Fluss selbst kaum — dieser blieb eine Domäne Thorns und Danzigs — vollzog sich vielmehr zu Lande in östlicher Richtung.

Diese Verhältnisse hatten zur Voraussetzung, dass das grosspolnische Gebiet dem deutschen Einfluss offen blieb. In dem Augenblick, wo sich in Polen die Abkehr von dem kulturellen und wirtschaftlichen Einfluss des deutschen Raumes durchsetzte, musste die Schicksalsstunde wenigstens Thorns schlagen. Das geschah schon im 15. Jahrhundert. Die unglückliche Zeit, in der die deutschen Städte an der unteren Weichsel sich mit Polen gegen den Orden verbündeten, führte zu einer grundlegenden Wandlung. Krakau allerdings, das ja von je zum polnischen Staat gehörte, wurde von diesen Kämpfen weniger berührt. Auch setzte sich hier die antideutsche Bewegung, die die Stadt ihres Charakters beraubte und ihrem Handel wesentliche Impulse nahm, erst später durch. Thorn aber war durch seine Anlehnung an Polen

seines Machtrückhaltes beraubt, es vermochte zwar immer wieder eine Bestätigung seiner Privilegien, nicht aber ihre praktische Verwirklichung durchzusetzen. Der Ungarnhandel ging ihm ganz verloren, der Weichselhandel ging zur Hauptsache an Danzig über. Dieses konnte, da es in der Hanse einen Rückhalt besass und zudem seine natürliche Lage an der Weichselmündung klug auszunutzen verstand, eine starke Unabhängigkeit von Polen wahren, trotzdem aber Polen für seinen Handel weitgehend offenhalten. Noch bis zum Ende des Dreissigjährigen Krieges konnte es, gestützt auf günstige handelspolitische Verhältnisse, Träger eines blühenden Weichselhandels sein.

Dann aber setzte eine Periode allgemeinen Tiefstandes im Weichselgebiet ein. Deutschland selbst, entvölkert, verarmt und zersplittert, brachte keine Kräfte auf, das Weichselgebiet machtvoll zu durchsetzen. So wurde es den Polen leicht, sich ganz dem deutschen Einfluss zu entziehen. Ein ständig zunehmender, politischer und wirtschaftlicher Verfall war die notwendige Folge. Er führte um das Ende des 18. Jahrhunderts zu den polnischen Teilungen. Nach der letzten dieser Teilungen war dem Weichselhandel eine kurze Blütezeit beschieden. Bis zur Pilicamündung oberhalb Warschaus war die Weichsel zu Preussen gekommen, das Land stand dem deutschen Einfluss wieder offen. Sprunghaft schnellten die Zahlen des Weichselverkehrs in die Höhe.

Die napoleonischen Kriege setzten diesem Aufschwung ein jähes Ende. In seiner Folge wurde das Weichselland völlig zerrissen, der für die Bogenbildung entscheidende Mittelteil fiel an Russland. Russland war, obgleich seine Haltung gerade in dieser Hinsicht mehrfachen Schwankungen unterlag, im ganzen wenig am Aufbau der Wirtschaft in Kongresspolen interessiert. Vor allem aber liess es, nachdem sein Vorstoss auf Danzig erfolglos geblieben war, nichts unversucht, Kongresspolen an Russland heranzuziehen. Die völlige Vernachlässigung der Weichsel war nur eine logische Konsequenz dieser Haltung.[19])

Als dann nach dem Weltkrieg der ganze Weichsellauf den Polen übergeben wurde, schien endlich die Voraussetzung für eine neue Blüte des Weichselhandels gegeben. In der Tat aber blieb es, wie gezeigt, bei Klagen über die frühere Vernachlässigung und bei Planungen, für deren Verwirklichung nichts getan wurde. Die einzige Konsequenz, die der polnische Staat aus den geographischen Grundlinien seines Gebietes zog, war die Schliessung des nach Osten hin offenen Bogens durch die Kohlenmagistrale. Durch sie wurde eine Barre gegen Westen, also gegen den deutschen Einfluss, errichtet und die Öffnung des Bogens auf den kleinen zu Polen gehörenden Küstenstreifen verengt. Diese Lösung musste unwirtschaftlich sein, sie konnte auch nur unter grossen wirtschaftlichen Opfern aufrecht erhalten werden. Nur mit Hilfe Frankreichs, das ebenfalls an der Schliessung der deutschen Einflusssphäre nach Osten interessiert war, weil es sich selbst diesen Einfluss erhalten wollte, konnten diese Opfer gebracht werden. Politisch aber war die Errichtung der Kohlenmagistrale durchaus konsequent, wenn man sie vom Standpunkt des antideutschen Polen-

---

[19]) Zum Vorherigen vgl. Krannhals, D., a. a. O.

tums sah. Es fehlte nur eines, um damit wirklich eine vollständige Lösung des Problems zu erreichen: Die innere Kraft des polnischen Staatswesens. War doch die Kohlenmagistrale, so folgerichtig sie war, nur ein erster Schritt. Ihr musste die Durchsetzung des Weichselbogens mit politischen und wirtschaftlichen Kraftströmen folgen, wenn aus dem offenen Halbkreis der Weichsel ein durch die Magistrale geschlossener innerpolnischer Kreis werden sollte. Ansätze hierzu waren, wenn auch nicht unter diesem Gesichtspunkt geschaffen, vorhanden, so in der Entwicklung Warschaus und des zentralpolnischen Industriegebietes. Im ganzen fehlte aber die Verbindung der „Eckpfeiler", also hier Ostoberschlesiens und Gotenhafens, mit dem Bogen. Das ganze eigentliche Weichselgebiet vermochte weder Absatz- noch Bezugsgebiet der Eckpfeiler im nötigen Umfange zu werden. Statt eines Raumes finden wir immer nur die Hauptlinie, auf der das Schwergewicht der polnischen Wirtschaft ruhte: Die, noch dazu nur künstlich aufrechterhaltene, Linie Kattowitz —- Gotenhafen. Äußeres Kennzeichen dieser fehlenden Kraft zur Gestaltung eines wirklichen, in sich geschlossenen Raumes blieb die Weichsel; für ihren Ausbau wurde faktisch nichts getan. Das polnische Staatswesen sowie die polnische Wirtschaft blieben ohne Zusammenhang mit den Grundgesetzen des dazugehörigen Gebietes.

So fanden wir das Weichselgebiet 1939 in seinen inneren Zusammenhängen unverändert vor. Nach der Sperre gegen die deutschen Aufbaukräfte zu Ende des Mittelalters hatte sich kein Volk gefunden, das in der Lage gewesen wäre, das Gebiet zum Raum zu gestalten. Die wirklichen Voraussetzungen dazu sind erst heute wieder gegeben, da der Bogen, dem deutschen Einfluss wieder unbeschränkt offen, der deutschen Kraft harrt, um ihn zu entwickeln.

DIE GRUNDSÄTZE DER BECKSCHEN POLITIK

VON DR. GERHARD BRAUNS

Assistent an der Sektion Geschichte am Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau

Für das feindliche Ausland standen die Probleme der kontinentalen europäischen Aussenpolitik von 1879 bis 1939 — von den Jahren der deutschen Ohnmacht abgesehen — wesentlich unter dem Zeichen des deutschen „Dranges nach Osten". Man schob der konservativen Aussenpolitik der beiden mitteleuropäischen Kaiserreiche beharrlich expansive Ziele zu, die auf eine Beherrschung des Balkans abzielten. Sofort nach der nationalsozialistischen Revolution tauchte dieses jahrzehntealte Schlagwort vom deutschen „Drang nach Osten" wieder auf. Dies hörte auch nicht auf, nachdem der Führer mehrmals erklärt hatte, dass er die Verträge von 1919/20 nicht mit Gewalt revidieren wolle, und trotzdem er zu wiederholten Malen mit radikalen Abrüstungsvorschlägen hervorgetreten war. Man glaubte, dass er nur deshalb eine gewaltige Armee aufbaue, um nach Osteuropa als geeignetstem Kolonisationsgebiet vorzustossen. Genau wie vor 1914 beherrschte die Furcht vor dem deutschen „Drang" die Gegner des Reiches und diktierte ihnen ihre verschiedenen Pakte und Koalitionen. Angesichts dieser im ausserdeutschen Europa ziemlich einhelligen Auffassung erscheint es auf den ersten Blick als eine der erstaunlichsten Tatsachen der diplomatischen Geschichte der dreissiger Jahre, dass Polen, von dem man doch hätte annehmen können, dass es sich als eines der bedrohtesten Opfer dieses deutschen Dranges hätte fühlen müssen, jahrelang eine andere Politik trieb, als man sie erwarten konnte, dass es sich nicht in die gemeinsame Front Frankreich, Russlands und der Tschechoslowakei einreihte, sondern eine davon deutlich unterschiedene eigene Politik trieb: nämlich den von Pilsudski am 2. November 1932 mit der Ernennung Becks zum Aussenminister inaugurierten neuen Kurs.

Aber in den Jahren vor 1933, als die Weimarer Republik ihren Revisionskampf gegen Polen führte und dieses unter Zaleskis Ministerschaft völlig im französischen Fahrwasser schwamm, hat man oft vergessen, dass das Verhältnis Polens zum Westen nicht immer so eindeutig freundschaftlich gewesen war wie in den zwanziger Jahren. In den Kreisen um Pilsudski fühlte man sich gerade als im Gegensatz zur „alten Welt" des Vorkriegseuropa entstanden, die nach polnischer Auffassung ihre Existenz nicht zuletzt auf dem Grabe Polens errichtet hatte. Sie vergassen nicht, dass sich bis 1917 keine der alliierten Mächte ausdrücklich für die Wiederherstellung Polens eingesetzt hatte, während man die Begründung des Königreiches Polen durch die Mittelmächte nur zu gern unterschlug. Hatte sich Polen in den Jahren des Krieges die alte Welt vor allem in den Mittelmächten und Russland verkörpert, so waren es nach 1918 gerade die beiden liberalen Westmächte, zumal aber England unter der Ministerpräsidentschaft Lloyd Georges, zu denen Pilsudski während seines Kampfes um die Grenzen des neuerstandenen Polen in scharfen Gegensatz geriet, der vor allem in der Frage der polnischen Ostgrenzen zum Ausdruck kam. Damals erstrebten die Westmächte die Wiederherstellung des demokratischen Russland und dessen Rückkehr in das Konzert der Mächte. Pilsudski hatte also während seines Kampfes um

die Ostgrenzen nicht nur mit den unmittelbaren Gegnern, sondern auch mit der Diplomatie der Westmächte zu kämpfen, die sich im Versailler Vertrag die Festlegung der polnischen Ostgrenzen vorbehalten hatten, und deren Oberster Rat am 8. Dezember 1919 als vorläufige Grenze die Linie Grodno—Bug—Przemyśl, die später sogenannte Curzonlinie, festgesetzt hatte. Als 1920 die Bolschewisten vor Warschau standen und Pilsudski die Westmächte um Hilfe bitten mussten, hielten diese den Augenblick gekommen, ihre Wünsche durchzusetzen, und so forderten sie denn die vorherige Anerkennung der Curzonlinie, die Rückgabe Wilnas und die Annahme der noch zu treffenden Entscheidungen über die polnisch-litauische Grenze, die Zukunft Ostgaliziens und Teschens. Polen musste diese Bedingungen damals annehmen und nur die Erfolge Pilsudskis verhinderten damals die Entstehung eines kleinen, im Osten auf seine ethnographischen Grenzen beschränkten Polen. Diese Haltung des Westens inmitten der schwersten Krise des neuen Staates vergass man in Warschau nie, umso weniger, als man ihm gegenüber auch später zu neuen Beschwerden Anlass zu haben glaubte.

Auch dass die Westmächte Polen am 28. Juni 1919 einen Minderheitenschutzvertrag auferlegt hatten, der eine Kontrolle des Völkerbundes über die polnische Minderheitenpolitik vorsah, hatte die Polen verletzt, die darin eine Begrenzung ihrer souveränen Rechte erblickten. Nach ihrer Ansicht widersprach es dem Grundsatz der Gleichheit der Rechte der Völkerbundsmitglieder, dass nur einige Staaten einen solchen Vertrag hatten unterzeichnen müssen, und nicht einmal alle kleinen wie z. B. die baltischen Staaten. Man behauptete, dass mit Hilfe des Vertrages der Bund für fremde, zumal „alldeutsche“ Zwecke missbraucht würde und dass die übernommenen Verpflichtungen gegen Polen ausgenutzt würden. So war das Verhältnis Polens zum Völkerbund, dieser politischen Neuschöpfung des Westens, gleich von Beginn seiner Zugehörigkeit zum Bunde belastet.

*

Beck und sein Kreis haben nun ihre Politik in einigen Grundsätzen systematisiert. Der erste formale Grundsatz lautete: die eigene Kraft ist der notwendige Ausgangspunkt jeder aussenpolitischen Aktion und die Bedingung ihrer Unabhängigkeit. Dazu traten zwei mehr materiale Grundsätze, nämlich erstens: gute Verhältnisse zu den Nachbarstaaten, auf dem Grundsatz strenger Gegenseitigkeit und Achtung des gleichen Rechtes auf Unabhängigkeit sind zu erstreben, und zweitens: die beiden Bündnisse mit Frankreich und Rumänien als Koeffizienten der polnischen Sicherheit sind zu erhalten. Der polnische Geist hat nicht viel Autochthones hervorgebracht; doch die von Pilsudski inspirierte und von Beck durchgeführte Aussenpolitik der dreissiger Jahre trug ein eigenes Gesicht und hob sich deutlich von der Aussenpolitik aller anderen europäischen Mächte, auch der des Westens, ab. Zwar stimmte sie darin mit diesen überein, dass auch für sie das Ziel die Erhaltung des Status quo von 1919/20 war; nur formal, in den Methoden änderte sie sich jetzt. Diese Grundsätze wollen wir nun in ihren historischen Voraussetzungen betrachten, denn sie wurden natürlich nicht willkürlich aufgestellt, sondern waren ein Ergebnis der langjährigen Arbeit und Beobachtungen Pilsudskis als Staatschef.

I. Die eigene Kraft als Grundlage

Die Betonung der eigenen Kraft als Ausgangspunkt und Grundlage der Aussenpolitik führt auf die Ereignisse der Jahre 1914/23 zurück. Sie gehörte zu den Grundanschauungen Pilsudskis, ist ein immer wiederkehrendes Motiv seines politischen Denkens. Schon in seinem Aufruf vom 3. 8. 1914 hatte es geheissen: „Polen... will selbst seine Zukunft aufbauen, indem es in die Schale der Ereignisse die eigene bewaffnete Kraft wirft"[1]). Die Polen pflegten mit Stolz darauf zu verweisen, dass sie mit Ausnahme der Westgrenzen sich ihre übrigen Grenzen aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln gegen Tschechen, Ukrainer, Litauer, Russen, meist auch im Gegensatz zu den Westmächten hatten erkämpfen müssen. Die Friedensverträge, behaupteten sie, hätten im wesentlichen nur die durch eigene Kraft erkämpften Grenzen registriert. Auch die Westgrenze sah man in bedeutendem Masse als Ergebnis des Posener Aufstandes von 1919 und der drei oberschlesischen Aufstände von 1919/21 an, welch letztere es nach polnischer Auffassung im wesentlichen bewirkten, dass nicht das ganze Oberschlesien gemäss dem Abstimmungsergebnis ungeteilt dem Reiche verblieben war. Wenn der Pilsudskikreis diesen Grundsatz später an die Spitze seines aussenpolitischen Systems stellte, so spielten hierbei aber auch Erwägungen volkserzieherischer Natur eine Rolle. Er hielt diese Hervorhebung und Akzentuierung für notwendig, um dem polnischen Volke den Glauben an die eigene Kraft wiederzugeben, dem, was nicht erstaunlich war, die 150 Jahre der Staatslosigkeit, ein weitverbreitetes Gefühl der Schwäche und Mangel an Mut zur Tat eingeflösst hatten. So hatte Pilsudski im August 1923 auf der Legionärstagung in Lemberg ausgeführt: „Das charakteristische Merkmal der damaligen polnischen Bevölkerung war... ein tiefer Mangel an Vertrauen zu allem, was polnisch war, und ein starker Glaube an alles, was nicht polnisch war..."[2]). Die eigene Kraft galt als Vorbedingung für die erstrebte Unabhängigkeit der Aussenpolitik. Beck hat einmal als wesentlichste Grundlage jeder Politik herausgestellt: die Achtung vor der vollen Souveränität unabhängiger Staaten und daraus fliessend ihr Recht, selbständig über ihre Politik in der den nationalen Interessen am besten entsprechenden Weise zu bestimmen[3]). Er selbst war entschlossen, fortan eine solche unabhängige Politik zu führen und die Zusammenarbeit mit den Mächten wie mit dem Völkerbund den eigenen Notwendigkeiten und dem Grundsatz der Unabhängigkeit anzupassen; ihm opferte er den Grundsatz der kollektiven Sicherheit, wie ihm die Franzosen vorwarfen. Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Aussenpolitik — das bedeutete den Primat der eigenen Interessen. Man glaubte in Warschau damals, die Periode des ersten Aufbaus hinter sich zu haben und das eigene Haus nach Ersetzung der ultrademokratischen Verfassung von 1921 durch die neue Verfassung von 1934 einigermassen geordnet zu haben, um von nun an offen als Grossmacht auftreten zu dürfen. Der Grundsatz der eigenen Kraft war zwar in sich richtig und unantastbar; nur entsprach er mitnichten der wirklichen Lage des polnischen Staates, weder 1919 noch 1934. Weder war Polen in dem Masse aus eigener Kraft entstanden, wie es der Pil-

---

[1]) Anton Loessner: Josef Pilsudski, Leipzig 1935, S. 141.

[2]) a. a. O. S. 287.

[3]) Zum estnischen Aussenminister Seljamaa am 23. Mai 1934 in Warschau. Przemówienia, Deklaracje, Wywiady 1931—1937, Warschau 1938 (zitiert als „Przemówienia"), S. 116/117.

sudskikreis wahrhaben wallte — das wichtigste Datum war hier vielmehr trotz allem der 5. November 1916, an dem die Mittelmächte das Königreich Polen proklamiert hatten. Dagegen sprechen auch die Bemühungen der polnischen Nationalkomitees bei den alliierten Regierungen. Vor allem aber zeugten die weiteren beiden Grundsätze davon, dass man der eigenen Kraft selbst gar nicht viel vertraute, sondern die entscheidenden Sicherungen der polnischen Unabhängigkeit in guten Beziehungen zu Deutschland und Russland sah, ferner dass man nicht nur das Bündnis mit Frankreich trotz aller Enttäuschungen hielt, sondern schliesslich gar noch ein solches mit England einging.

II. Der Grundsatz der guten Nachbarschaft

Dass Polen seine neuen Grenzen meist durch Krieg, Aufstand oder fait accompli errungen hatte, hatte zur Folge, dass sie, obwohl mit Ausnahme der litauischen formal alle anerkannt, trotzdem auch weiterhin von fast allen Nachbarn als nur vorläufige und eines Tages wieder zu revidierende betrachtet wurden, wie denn auch die Kämpfe, die zu ihrer Festlegung geführt hatten, tiefe Erbitterung bei den Nachbarn zurückgelassen hatten. Zwischen Polen und Litauen herrschte sogar „Kriegszustand"; das Verhältnis zur Tschechoslowakei war zumindest sehr kühl; hier vergass Polen nicht die Haltung Masaryks und Beneschs während der Jahre 1919/21. Deutschland führte in den zwanziger Jahren mit steigender Heftigkeit seinen Revisionsfeldzug gegen Polen, während schliesslich an der polnisch-russischen Grenze Zwischenfälle an der Tagesordnung waren. So kam es, dass Polen in Europa geradezu verrufen war und fast nirgends als konsolidierter Staat galt. Die „Achse der polnischen Sicherheit", die „Ost-West-Linie" (Smogorzewski), d. h. die Beziehungen zu Deutschland und Russland vor allem waren in der schlechtesten Verfassung. Diese Situation erschien deshalb als noch gefährlicher, da sich diese beiden Hauptnachbarn 1922 in Rapallo und 1926 im Berliner Neutralitätspakt zusammengefunden hatten.

Nach polnischer Auffassung hatte hier vor allem der Völkerbund versagt, dem es bei entschiedenem Willen hätte gelingen müssen, geordnete Zustände in Osteuropa zu schaffen, da dort mit Ausnahme Russlands alle Staaten Mitglieder des Bundes waren. Aber die grosse Zahl von Pakten, die unter seiner Ägide in Europa geschlossen waren, hatte die allgemeine Unsicherheit nicht beseitigen können, vor allem in Osteuropa hatte er nichts ausgerichtet, und auch seine Versuche, den Frieden durch die Verwirklichung der kollektiven Sicherheit zu organisieren, blieben ohne Ergebnis, ebenso die Bemühungen um eine Behebung der internationalen Wirtschaftskrise und die Herbeiführung einer allgemeinen Abrüstung.

Pilsudski war Realist und auch Beck fühlte sich als ein solcher, „der stets mit der Idee die Ausführung verknüpfte"[4]). „Il n'y a que la realitée des choses qui compte" war ein geschätzter Grundsatz Becks[5]). So lehnte er jede abstrakte Einstellung zu den politi-

---

[4]) So äusserte er sich zur Presse in Helsinki am 12.8.35, Przemówienia S. 170.

[5]) So am 18. 12. 36 im Sejm, Przem. S. 264.

schen Problemen ab, wie er sie mit dem Völkerbund und der sich auf diesen stützenden Politik des französischen Bundesgenossen verbunden fand. „Keine abstrakte Doktrin soll Einfluss auf die polnische Politik haben“[6]).

Die Realisten Pilsudski und Beck zogen nun 1932/34 aus der Entwicklung des Völkerbundes und dem Versagen der mit ihm verknüpften allgemeinen und abstrakten Methoden der Friedenssicherung auf multilateralem Wege ihre Konsequenzen. Sie verschafften jetzt Polen mit eigenen Mitteln „das fehlende Recht“[7]) und zwar durch praktischere Lösungen: durch Herstellung und Ausbau direkter bilateraler Beziehungen zu den Nachbarstaaten suchten sie Polen zu konsolidieren. „Nicht mit Worten“ wie der Völkerbund, „sondern mit Taten, Verbesserung der Nachbarverhältnisse und Verringerung von Reibungsflächen“[8]) suchten sie Polen in die Reihe der gesicherten und allgemein geachteten Staaten einzuführen. „Normalisierung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten ist das Positivste, was man im Dienst des Friedens tun kann“ meinte Beck[9]).

Bekanntlich gelang es ihm, durch die Verträge mit Russland (1932), Danzig (1933) und Deutschland (1934) die Beziehungen wenigstens zu den beiden Hauptnachbarn Polens zu normalisieren, während er bei seinen analogen Bemühungen um Litauen vorerst scheiterte. Immerhin glaubte er nun den Frieden in Osteuropa entscheidend gesichert zu haben, schienen doch dadurch für ein Jahrzehnt die Möglichkeiten eines Konflikts mit Russland wie mit Deutschland ausgeschaltet zu sein, während ein deutsch-russischer Konflikt auf Grund der polnischen Neutralität als unmöglich erschien. Mit seinem Bilateralismus rückte also Beck vom Völkerbund und der kollektiven Sicherheit ab. Doch solange der Völkerbundspakt von den meisten europäischen Staaten anerkannt wurde, glaubte er Polen in gleichem Masse wie die anderen Mitglieder verpflichtet. Schliesslich sah er auch im Völkerbund mit seiner Verquickung mit den „Friedens“-Verträgen eine Bürgschaft für die Sicherheit Polens, und in der Hoffnung, dass die Liga eines Tages zugunsten Polens eingreifen würde, blieb er ihm trotz aller Vorbehalte treu.

III. Die Erhaltung der Bündnisse

Die bereits erwähnten Gegensätzlichkeiten Polens zu den Westmächten, die sich während der Jahre 1919/21 über dem Problem der polnischen Ostgrenzen herausgebildet hatten, traten dann in den nächsten Jahren zurück, nachdem Pilsudski Polen 1921 durch den Bündnisabschluss mit Frankreich — im selben Jahre wurde auch der erste Bündnisvertrag mit Rumänien abgeschlossen — aus seiner Isolierung gerettet hatte. Diese Entwicklung wurde noch dadurch verstärkt, dass die vorwiegend nationalde-

---

[6]) Am 10. 11. 36 zur Presse in London, a. a. O. S. 251.

[7]) Rede vom 13. 11. 33, a. a. O. S. 38/46.

[8]) Am 1. 2. 35 im Sejm, a. a. O. S. 150.

[9]) Zum Vertreter der Telegrafenunion am 5. 10. 33, a. a. O. S. 77.

mokratisch beeinflussten Kabinette bis 1926 eifrigst das Bündnis pflegten — das sich damals in beiden Ländern auch des grössten Wohlwollens der öffentlichen Meinungen erfreute — und überhaupt auf gute Beziehungen mit dem Westen, auch handels- und kulturpolitisch, den grössten Wert legten, sahen sie doch dort ihre politischen Ideale am reinsten verwirklicht.

Genau genommen gab es zwar keinen eigentlichen „Bündnisvertrag" mit Frankreich, denn weder war ausdrücklich die Führung einer gemeinsamen Aussenpolitik noch eine Hilfeerweisung für den Fall eines Angriffes vorgesehen; der Form nach war das „Politische Abkommen" vom 19. Februar 1921 lediglich ein Konsultativpakt[10]). Immerhin war es nach dem Gesamtcharakter der übernommenen Verpflichtungen und zumal nach dem Abschluss einer Militärkonvention nicht unberechtigt, von einem „Bündnis" zu reden.

Diese erste Periode ungetrübter polnisch-französischer Freundschaft wurde 1925 zum ersten Mal durch die Enttäuschung von Locarno unterbrochen. Man empfand es in Warschau schmerzlich, dass die Locarno-Verträge wohl Westeuropa Sicherheit gebracht, aber den Osten weiter dem Chaos überlassen hatten. Die Polen empfanden es als Diskriminierung, dass Briand eine unterschiedliche Behandlung der Grenzen in Ost- und Westeuropa zugelassen hatte. So blieben ihnen die Locarnoverträge in Erinnerung als „Ausdruck eines bestimmten Stiles westeuropäischer Mächte, die auf die polnischen Lebensinteressen in keiner Weise Rücksicht nahmen"[11]), „die das Gleichgewicht Europas, vom polnischen Standpunkt aus gesehen, eher erschüttert hatten"[12]). Auch in den folgenden Jahren brachte das Bündnis den Polen noch manche Enttäuschungen. Sie waren seit Locarno mit der Art und Weise, wie Frankreich das Bündnis handhabte, nicht mehr zufrieden. Man warf dem Bundesgenossen vor, Polens Rolle in Ost- und Mitteleuropa nicht genügend einzuschätzen, man fand, dass er Polen als passives Element seiner Aussenpolitik betrachtete — und in der Tat musste das Bündnis mit Polen für Frankreich an Wert verlieren, nachdem es sich seit Locarno vor einem deutschen Angriff gesichert fühlte; weite Kreise der französischen Linken betrachteten es jetzt sogar als eine Belastung, das einen endgültigen Ausgleich mit Deutschland verhinderte und Frankreich des Korridors wegen in einen Krieg mit dem Reich stürzen konnte. Dazu verscherzte sich Polen durch die wachsend undemokratische Aussenpolitik Pilsudskis viele Sympathien in diesen Kreisen, die zumal vor den Kammerwahlen 1932 einen wahren Sturmlauf gegen das Bündnis mit dem „militaristischen und undemokratischen Polen" unternahmen.

Dazu traten noch andere Misshelligkeiten: Polens Missvergnügen über Tardieus Pläne einer Donaukonföderation unter tschechischer Führung, Verweigerung neuer Kredite durch das reiche Frankreich, die französische Kritik am polnisch-russischen Nichtangriffsvertrag, die polnische Kritik an der Zustimmung Frankreichs zur deutschen

[10]) Politische Verträge, herausg. von V. Bruns, Band I, 1, S. 23/24.

[11]) So Beck am 1. 2. 35 im Sejm, Przemówienia S. 148.

[12]) Am 18. 12. 36 im Sejm, a. a. O. S. 268.

Rüstungsgleichberechtigung (11. 12. 32) ohne Befragung Polens wie des Völkerbundes, und schliesslich die Verhandlungen Frankreichs mit den anderen Grossmächten über den Mussolinischen Vorschlag eines Viererpaktes (18. 3. 33), der die Revision in Gang bringen und ein europäisches Direktorium aus den vier Mittel- und Westmächten errichten sollte. Frankreichs Verhalten in dieser Viererpaktangelegenheit war seine zweite „Todsünde“ gegen Polen, wie man es einmal ausgedrückt hat, und führte zu einer besonders tiefgehenden Krise in den polnisch-französischen Beziehungen. Offen sprach es Beck damals aus, dass in den Beziehungen zu Frankreich eine Änderung hätte eintreten müssen, falls der Pakt in seiner ursprünglichen Form angenommen worden wäre[13]).

Polen fühlte sich von Frankreich als Macht zweiter Ordnung behandelt, nicht als gleichberechtigter Bündnispartner und Grossmacht. Pilsudski zog daher auch hier aus der Entwicklung des Verhältnisses zu Frankreich seine Konsequenzen. Er konnte es tun, weil ihm der Abschluss der beiden Verträge mit Russland und Deutschland die ersehnte Bewegungsfreiheit gegeben hatte. Er begann nun das Bündnis eingeschränkter aufzufassen und zu handhaben. Hatte es bisher als „die“ Grundlage der polnischen Aussenpolitik gegolten, so wurde es nunmehr als bilateraler Akt rein defensiver Natur auf die direkten polnisch-französischen Beziehungen beschränkt. Der Bilateralismus wurde also auch auf diese ausgedehnt. Man wollte sich durch das Bündnis nicht mehr in der allgemeinen Politik und überhaupt in der Bewegungsfreiheit hemmen lassen. Da es an kein anderes französisches Abkommen gebunden war, besass Pilsudski damit die Möglichkeit, sich von der französischen Politik in Mittel- und Osteuropa, überhaupt vom sog. französischen System freizumachen. So liess er sich fortan durch das Bündnis nicht mehr in seiner besonderen Politik gegenüber dem Reich, zumal aber gegenüber Prag und Moskau beeinflussen. Anlässlich der Anwesenheit des französischen Aussenministers Delbos in Warschau am 5. 12. 37 formulierte Beck das Verhältnis zu Frankreich, wie er es auffasste und inzwischen durchgesetzt hatte, folgendermassen: „Das Wesen der Freundschaft zwischen beiden Staaten bringt es mit sich, dass jeder seine eigenen Ziele wahrt und seine eigenen Interessen verteidigen kann, aber doch in besonders wohlwollender Weise auf alle Angelegenheiten des Freundes schaut. Das Bündnis ist dagegen die konkrete Form, die die Probleme umschreibt, deren Lösung von einer gemeinsamen Entschliessung abhängt“[14]).

Die Franzosen sprachen demgegenüber von „Becks seltsamer Art, das Bündnis zu handhaben“[15]). Nach ihnen besassen beide Partner wohl Handlungsfreiheit, doch bei dem absoluten Recht zur Initiative durfte dieses doch nur mit Zustimmung des Partners in beide Länder berührende Fragen ausgeübt werden[16]). Vor allem auch Becks Bilateralismus trennte fortan Paris und Warschau, denn nach französischer Auffassung

---

[13]) Zum Vertreter des „Excelsior“ am 7. Mai 1933, Przemówienia S. 70.

[14]) Josef Beck, Beiträge zur europäischen Politik, herausg. von Dr. A. von Guttry (Zitiert als „Guttry“). S. 403/405.

[15]) z. B. der „Temps“ an 15. 9. 34.

[16]) R. Kaeppelin, Das Polen von 1921 und das von 1934, Temps 22. 4. 34.

schloss das System der kollektiven Sicherheit jedes rein zweiseitige Abkommen aus. „Frankreich kann nicht einen Augenblick daran denken, seine Sicherheit auf Kosten der Aufgabe anderer zu erkaufen. Eine solche Sicherheit erschiene ihm einzigartig illusorisch und unsicher“, hiess es am 2. 12. 34 im „Temps“ mit einem deutlichen Seitenhieb auf die deutsch-polnische Verständigung, die dem Reiche nach Meinung der Franzosen nur als „Wandschirm“ diente, um dahinter in aller Ruhe den „Drang nach Osten“ zu organisieren.

IV. Der Grundsatz des Gleichgewichts zwischen den Grossmächten

Bei der Formulierung der Grundsätze hat man sich auf polnischer Seite gewöhnlich auf drei Prinzipien beschränkt; doch wäre ihnen noch als viertes das der Wahrung des Gleichgewichtes hinzuzufügen, das angab, wie der Nachbar- mit dem Bündnisgrundsatz zu vereinen war, da er das Verhältnis näher bestimmte, das zwischen Nachbarn und Bundesgenossen gewahrt werden sollte. Dieser Grundsatz war so wesentlich für die Becksche Politik, dass man sie überhaupt als Gleichgewichtspolitik charakterisiert hat.

Der Begriff des Gleichgewichts wird gewöhnlich mit der englischen Politik verbunden, die sich seit zwei Jahrhunderten bemüht, die Machtverhältnisse der kontinentalen Grossmächte annähernd im Gleichgewicht zu halten. Wenn man nun auch die Becksche Politik als Gleichgewichtspolitik bezeichnet hat, so hat der Terminus hier einen anderen Sinn. Es konnte natürlich keine Rede davon sein, dass Beck etwa den Ehrgeiz besessen hätte, selbst die Schalen des europäischen Gleichgewichts zu regulieren. Es handelte sich für ihn lediglich darum, in den Beziehungen zwischen den drei kontinentalen Hauptmächten Frankreich, Deutschland und Russland das Gleichgewicht durch die polnische Neutralität allen gegenüber zu wahren und sich keiner von ihnen enger anzuschliessen, um mit ihr offensiv gegen die anderen vorzugehen. Die Gründe für diese polnische Neutralitätspolitik liegen auf der Hand: Beck hoffte damit zu vermeiden, dass Polen erneut das Schlachtfeld eines deutsch-russischen Krieges wurde, und überhaupt, dadurch Zeit zu gewinnen, einen Konflikt hinauszuschieben, um Polen zu konsolidieren.

Diesen seinen wichtigsten Grundsatz demonstrierte Beck nach dem 26. Januar 1934 zuerst den Russen, die nach dem deutsch-polnischen Paktabschluss misstrauisch geworden waren und geheime Offensivabmachungen der beiden witterten. Er begab sich deshalb gleich im Februar 1934 nach Moskau und schlug dort eine Verlängerung des Nichtangriffsvertrages um 10 Jahre, also bis 1945, vor, die auch zustande kam. Deutlicher konnte er den Russen das Fehlen jeglicher agressiven Pläne nicht zeigen. Diese Vertragsverlängerung bezeichnete er als „weit mehr als politische Taktik“, nämlich „als dauerhafteste Lösung des Problems der russischen Nachbarschaft“[17]).

Dann ordnete er das Verhältnis zu Frankreich in seine Gleichgewichtspolitik ein, wozu ihm der Warschauer Besuch des französischen Aussenministers Barthou im April 1934

---

[17]) Im Exposé vom 1. Februar 1935 im Sejm, Przemówienia S. 143.

erwünschte Gelegenheit bot. So deutlich wie möglich betonte er damals seine Treue zum französischen Bündnis: „tief überzeugt von der unerschütterlichen Beständigkeit“ der polnisch-französischen Allianz erhob er damals sein Glas zu Ehren des Gastes[18]). Gerade Barthou aber war es, der die eben von Beck begonnene Gleichgewichtspolitik auf die erste grosse Probe stellte, und zwar durch den Vorschlag eines Ostpaktes, einer verschleierten grossen antideutschen Allianz, oder auch eines verschleierten französisch-russischen Bündnisses, wie die Polen mit Recht behaupteten. Beck wollte diesen Pakt aus mannigfachen Gründen nicht unterschreiben, vor allem deshalb nicht, um das neue Verhältnis zu Deutschland nicht zu gefährden. Er war sogar recht ungehalten über dieses geplante Ostlocarno und fand es erstaunlich, dass 1925/33, als der Friede in Osteuropa keineswegs gesichert war, die Frage der osteuropäischen Sicherheit eine so untergeordnete Rolle gespielt hatte, während Frankreich gerade jetzt nach dem Abschluss der beiden polnischen Nichtangriffsverträge so eifrig um einen östlichen Beistandspakt besorgt war, von dem Beck nur eine Verwässerung seiner eigenen Verträge befürchtete. Nach französischer Auffassung aber waren Nichtangriffsverträge allein leer und negativ und konnten keine Sicherheit verbürgen. Die lange Ostpaktdiskussion 1934/35 führte zu der tiefgehendsten Entfremdung zwischen Polen und Frankreich, die jemals im Verhältnis zwischen den Bundesgenossen eingetreten ist, und während der in der Öffentlichkeit beider Länder mehrmals mit dem Bruch des Bündnisses gedroht wurde.

Ein zweites Mal versuchte Frankreich 1936 nach der Remilitarisierung des Rheinlandes Polen von seiner Gleichgewichtspolitik abzuziehen. Wie Beck später einmal dem deutschen Botschafter von Moltke gestand, hat er damals schwere Kämpfe zu bestehen gehabt, um die Pilsudskische Politik zur Anerkennung zu bringen[19]). Zwar kam es unter dem Eindruck der Rheinlandbesetzung und der Einführung der zweijährigen Dienstpflicht im Reiche wirklich zu einer Wiederannäherung zwischen Polen und Frankreich und einer Verstärkung ihrer militärischen Zusammenarbeit, die sich aber doch im Rahmen der bestehenden Bündnisse hielt. Dagegen gelang es Beck, einen engeren Anschluss Polens an das französisch-tschechisch-russische Bündnissystem zu verhindern; in diesem Zusammenhang proklamierte er damals seine Politik der „ideologischen Neutralität“ zwischen den beiden „Blöcken“ des autoritären und des demokratischen Europa. Schon sein Grundsatz des Gleichgewichts verbot ihm ja die Teilnahme an einem der beiden Blöcke, deren Protagonisten gerade Deutschland und Russland waren. Aber dieser Grundsatz wurde durch die ideologische Neutralität gewissermassen noch weiter unterbaut. Als Realist hielt es Beck angesichts der Mannigfaltigkeit der Verfassungsformen der europäischen Staaten für unmöglich, Aussenpolitik nach den jeweiligen Verfassungen zu regeln. „Jeder unserer Nachbarn“, erklärte er am 15. Januar 1936 im Sejm, „wird nach anderen Systemen und Methoden regiert. Wollten wir demnach unser Verhältnis zu den einzelnen Staaten nach den Verfassungsdoktrinen regeln, so kämen wir letzten Endes auf der ganzen Welt zu einer Art Reli-

---

[18]) Przemówienia S. 111.

[19]) Am 8. März 1939, v. Moltke an das Ausw. Amt 9. März 1939, Hundert Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges Nr. 33.

gionskrieg. Die Welt braucht aber gerade einen erträglichen modus vivendi“[20]), und ein andermal: „Weder sind wir Theoretiker noch Antitheoretiker, hingegen sind wir Realisten, die mit allen in Eintracht leben wollen“[21]).

Diese Erwägungen bestimmten Beck auch zu einer immer grösseren Zurückhaltung dem Völkerbund gegenüber, denn seine Besorgnisse wurden immer grösser, dass dieser sich zu einer Staatengruppe entwickelte, deren Interessen sich im Gegensatz zu denen der Nichtmitglieder befänden. Deshalb forderte er in seinem Memorandum vom 10. 12. 36 über die Reform des Völkerbundes die Schaffung von Bedingungen, die den Bund wieder universal machen konnten[22]). Als aber alle schwachen Reformanläufe fruchtlos blieben, erklärte er schliesslich im April 1938 den Sanktionsartikel 16 der Völkerbundssatzung als für Polen fakultativ und kehrte damit, wie er es selber ausdrückte, zur „alten Diplomatie“ zurück. „Wir können sehr gut in Eintracht leben und brauchen dazu nicht jeden Monat ein neues Abkommen oder eine neue Konferenz. Auch ohne den Völkerbund hat es lange Friedenszeiten in Europa gegeben[21]).

Man hat Beck nachgesagt, dass er seine Blockfeindschaft dazu hat benutzen wollen, um — paradox genug — selbst einen Block der Blockgegner zustande zu bringen. Er soll 1938 versucht haben, den Kern eines dritten neutralen und unabhängigen Europa von der Ostsee bis zur Ägäis neben dem demokratischen und autoritären Europa auf der Grundlage folgender Gemeinsamkeiten zu konstituiren: völliger Unabhängikeit der Aussenpolitik, Ausbau der eigenen Kräfte als Bürgschaft der Sicherheit, Fernbleiben von allen Blöcken und Ablehnung der kollektiven Sicherheit. Beck selbst hat diese Absichten bestritten, indem er von einem „Verzicht auf künstliche Formen“ sprach und hervorhob, dass er seit Jahren in seiner Politik immer nur dieselbe Linie einhalte[23]).

Zweimal war Beck also seinem Grundsatz des Gleichgewichts und der Neutralität treugeblieben und hatte sich ausserhalb der feindlichen Lager gehalten. Es sollte Polens Verhängnis werden, dass er ein drittes Mal seine wesentlichsten Grundsätze selbst preisgab, als er nicht nur das grosszügige Angebot des Führers ausschlug und es mit der polnischen Mobilmachung beantwortete, sondern sich auch noch im April 1939 in London ein dauerndes Beistandsabkommen mit England verabredete, das am 25. August unterzeichnet wurde. Damit, durch seinen Anschluss an die englische Einkreisungspolitik hatte er seinen wichtigsten Grundsatz, den der Neutralität, selbst preisgegeben, nachdem der des guten Einvernehmens mit den Nachbarn schon jahrelang durch die polnische Ausrottungspolitik gegen die Volksdeutschen unterhöhlt worden war. Zwar bemühte man sich damals in Warschau, diese Abkehr als durchaus vereinbar mit der bisherigen politischen Linie zu erklären: so ging die offizielle Argumentation dahin, dass die Londoner Vereinbarung so

---

[20]) Przemówienia S. 193.

[21]) Am 21. März 1938 zu Ward Price, Guttry S. 455.

[22]) Przemówienia S. 259/261.

[23]) In Reval am 13. 6. 38, Guttry S. 470 und in Riga am 15. 7. 38. Guttry S. 476.

wenig gegen die Nichtangriffserklärung mit Deutschland wie gegen das Bündnis mit Frankreich verstiesse, und Botschafter Lipski erklärte am 6. April 1939 in der Beckschen Terminologie in Berlin, dass die Abrede mit England einen bilateralen und rein defensiven Akt darstelle, der keineswegs den Beitritt Polens zu einen Block bedeute[24]). Doch das waren Spitzfindigkeiten ganz formaler Natur. Entscheidend war, dass Polen sich nicht damit begnügte, England, als vierte europäische Grossmacht in sein System der Sicherung Polens einzubeziehen, sondern sich darüber hinaus auch noch in immer agressiveren Manifestationen und Provokationen gegen das Grossdeutsche Reich gefiel, — es sei nur an die Note über Danzig vom August erinnert — in der Stimmung des „Mir-kann-ja-nichts-passieren", sicher der Unterstützung durch die englischen und französischen Imperien und, wie man glaubte, zumindestens auch der wohlwollenden Neutralität Russlands; diese Haltung hatte mit der Pflege guter Nachbarbeziehungen und mit ideologischer Neutralität nichts mehr gemein und musste daher zum Konflikt führen.

---

[24]) Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizäcker vom 6. April 1939. Hundert Dokumente Nr. 45.

DER AUFGABENBEREICH DER SEKTION WIRTSCHAFT

GRUNDLAGEN DER WIRTSCHAFTSFORSCHUNG IM GENERALGOUVERNEMENT

VON MINISTERIALDIRIGENT DR. W. EMMERICH,
Leiter der Sektion Wirtschaft, und

DR. HELMUT MEINHOLD,
Referent an der Sektion Wirtschaft am Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau

Die deutsche Wirtschaftswissenschaft ist durch die politischen Ereignisse der letzten Jahre vor Aufgaben gestellt worden, die nicht nur wissenschaftliches Neuland darstellen, sondern auch diesem Wissenschaftszweig eine einmalige Gelegenheit geben, am Aufbau des neuen kontinentalen Grosswirtschaftsraumes teilzuhaben und sich damit als echte politische Wissenschaft zu bewähren. Auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, sei es der Währungs- und Aussenhandelspolitik, sei es der Agrar- oder der Gewerbepolitik, bringt die politische Neuordnung des europäischen Raumes das Erfordernis einer grosszügigen Planung mit sich, bei der es häufig notwendig wird, sich grundsätzlich von den wirtschaftlichen Vorstellungen auch der jüngsten Zeit zu lösen. An dieser Planung hat die Wirtschaftswissenschaft dadurch teilzunehmen, dass sie bei der Bereitstellung und systematischen Ordnung der Unterlagen, die die politische Führung benötigt, mitwirkt und dass sie der Führung auch bei der Erarbeitung der Planungsgrundlinien Hilfestellung leistet. Daraus wiederum gewinnt sie die Möglichkeit, aus der objektiven Beobachtung des fortschreitenden Wirtschaftsaufbaues die Grundzüge der neuen Wirtschaftsordnung wissenschaftlich zu klären sowie deren Bezogenheit auf die Vergangenheit und deren Unterschiede von der Vergangenheit aufzuzeigen.

Noch enger womöglich, jedenfalls noch intensiver, kann die Bindung der Wirtschaftswissenschaft an ihre politische Aufgabe in den von der Neuordnung in erster Linie betroffenen Teilen des kontinentalen Grosswirtschaftsraumes, so auch im Generalgouvernement, gestaltet werden. Die Probleme, die der Neuaufbau bietet, treten hier noch unmittelbarer zu Tage, die Unterlagen sind, da an frühere statistische Erhebungen kaum angeknüpft werden kann, spärlicher vorhanden. Vor allem aber muss der Wirtschaftsaufbau hier bei den elementarsten Dingen ansetzen, die in anderen Gebieten schon seit langem nicht mehr beachtet zu werden brauchen, weil sie zur Selbstverständlichkeit geworden sind. Hat doch die deutsche Verwaltung dieses Gebiet in einer äusserst rückständigen wirtschaftlichen Verfassung übernommen.

Der ehemalige polnische Staat hat es nicht vermocht, die vom deutschen Reich, vom früheren Österreich-Ungarn und vom zaristischen Russland übernommenen Gebiete zu einem geschlossenen Wirtschaftsraum zu gestalten. Wo etwas getan wurde, handelte es sich um Einzeldinge, die zwar den Anstrich grosser wirtschaftlicher Errungenschaften trugen, aber auf die Landeskultur kaum einwirkten, da die wirklichen grossen Probleme ungelöst blieben. So blieben auch die mitübernommenen Gebiete, die wirtschaftlich schon höher entwickelt waren, wie insbesondere Oberschlesien, Posen, Westpreussen und das aus deutscher Tatkraft erwachsene Textilindustriegebiet von Litzmannstadt, ohne inneren Zusammenhang mit den übrigen Gebieten. Das lässt sich sehr einfach aus dem Verkehrswesen ersehen. Obwohl nunmehr das ganze Weichselland in einer Hand vereinigt war und damit die Weichsel mit ihren Nebenflüssen den wichtigsten Teil des Staatsgebietes erschloss, blieb der Strom ohne Verkehrsbedeutung. Im Jahre 1938 wurden im ganzen Weichselsystem nur rund 0,6 Mill. t Güter verschifft, das ist etwa ein Zwölftel der Verkehrsleistung der Oder, obwohl das Einzugsgebiet der Weichsel dreimal so gross ist. Das einzige, was sich wesentlich im Weichselgebiet änderte, war die Tatsache, dass auch der von Preussen ausgebaute Unterlauf der Weichsel der allgemeinen Vernachlässigung anheimfiel. So blieb, zumal bei der geringen Motorisierung, die Eisenbahn der einzige Verkehrsträger. Das polnische Eisenbahnnetz bestand aber aus drei nicht aufeinander abgestimmten Teilen, da die Grossmächte, denen dieses Netz vordem gehörte, seine Anlage natürlich nach den Notwendigkeiten ihrer eigenen Gebiete ausgerichtet hatten. Schroff blieben die ehemaligen Grenzen sichtbar und die Polen vermochten nicht, sie zu verwischen. Fast der einzige grosse Bahnbau blieb die Anlage der Kampfbahn von Kattowitz nach Gotenhafen, die aber mit dem übrigen Netz fast gar keinen Zusammenhang hatte.

Damit wurde den aus ihren alten Zusammenhängen gerissenen Industriegebieten zwar der Zugang zum Weltmarkt erleichtert, aber keine Binnenmarktverbindung gegeben. Diese blieb ihnen versagt. So hatten die wirtschaftlich höher entwickelten Gebiete eine unzureichende landeseigene Basis, wodurch ihnen selbst manche Entwicklungsmöglichkeit abgeschnitten war und vor allem die Möglichkeit unterbunden blieb, dass sie ihre Wirtschaftskraft auf die minder entwickelten Gebiete ausstrahlten. Es blieb daher, abgesehen eben von den West- und Südwestgebieten, die noch von ihren in der Vorweltkriegszeit aufgespeicherten Energien zehren konnten, die Landschaft des ehemaligen Polen ohne wirtschaftliches Gesicht. So konnten wir auch vom Generalgouvernement im Jahre 1939 nicht als von einem Gebiet mit wirtschaftlichem Charakter sprechen, wenn nicht eben die Tatsache, dass statt eines Wirtschaftsgefüges nur einzelne wirtschaftliche Tatbestände vorhanden waren, als charakteristisch bezeichnet werden sollte.

Zudem waren diese Tatbestände meistens wenig positiv. Industrien waren in diesem Gebiet kaum angelegt worden. Die wenigen vorhandenen Bodenschätze, unter denen neben dem Erdöl vor allem noch einige meist geringerwertige Eisenerze und das Steinsalz zu nennen sind, waren entweder bisher in einer Art Raubbau ausgebeutet worden oder wirtschaftlich wie verkehrsmässig schlecht erschlossen. In der Land-

wirtschaft wurden auch auf besseren Böden Erträge erzielt, die um 40 bis 50 v. H. unter denen des Reiches lagen. Die Besitzverteilung in der Landwirtschaft verhinderte rasche landwirtschaftliche Aufbaumassnahmen von durchgreifender Wirkung, da die Betriebe, im Durchschnitt mit 5,2 ha nur etwa ein Drittel so gross wie im Altreich, zumeist zu klein waren, um überhaupt wirtschaftlich arbeiten zu können. Die wenigen Forsten im Generalgouvernement, die hier mit einem Fünftel einen wesentlich geringeren Anteil an der Gesamtfläche hatten wie etwa im Altreich, brachten infolge ihrer allgemeinen Vernachlässigung geringe Erträge, hatten auch häufig unter jahrelangem Raubbau gelitten. Zu zwei Dritteln waren sie im Privatbesitz, doch darf man sich auch unter den Staatsforsten in der Regel nicht etwas vorstellen, was deutschen Verhältnissen auch nur annähernd entspräche.

Dabei ist das Gebiet stark übervölkert. Im Jahre 1939 entfielen im Durchschnitt des Generalgouvernements 122 Menschen auf den Quadratkilometer, das ist eine Bevölkerungsdichte, die an sich nur in einem Gebiet tragbar erscheint, das schon eine recht hohe Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht hat. Hier aber fehlten die grossen Möglichkeiten, einen wesentlichen Teil der Bevölkerung in der gewerblichen Wirtschaft zu beschäftigen. Die Gruppen Handel und Verkehr waren zwar, gemessen an den wirtschaftlichen Grundlagen des Landes, relativ stark besetzt, da sich die Unzahl der Juden bevorzugt diesen Wirtschaftszweigen zugewandt hatte. Im grossen blieb aber, trotz ihrer Vernachlässigung, die Landwirtschaft einzige Beschäftigungsgrundlage. Fast drei Fünftel der Bevölkerung lebten unmittelbar von der Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Bevölkerungsdichte war damit so gross, dass häufig, zumal in den zahlreichen Kleinbetrieben, nicht einmal die auf einem Betriebe wohnenden Menschen von seinen Erträgen ausreichend ernährt, geschweige auf ihm voll beschäftigt werden konnten. Der Grossteil der Bevölkerung lebte aber lieber unter diesen einem deutschen Menschen unglaubhaft dürftig erscheinenden Verhältnissen, als dass er, selbst wenn das möglich gewesen wäre, intensiv gearbeitet und damit eine erträgliche Lebenshaltung errungen hätte. So konnten Überschüsse zur Ernährung der städtischen Bevölkerung kaum erzielt werden. Es ergab sich daher, dass das Gebiet des Generalgouvernements, obvohl es der Berufsstruktur seiner Bevölkerung nach zu den Agrarländern gerechnet werden müsste, nicht etwa landwirtschaftliches Überschussgebiet war, sondern die für die Ernährung seiner städtischen Bevölkerung benötigten Agrarerzeugnisse noch teilweise einführen musste.

Die deutsche Verwaltung sah sich also vor der Aufgabe, ein Gebiet wirtschaftlich aufzubauen, das in seiner Entwicklung weit zurückgeblieben war. So musste von Grund auf neu angefangen werden. Denn es ist ja nicht so, dass diese Verhältnisse unabänderlich wären, es fehlte nur den Polen an der inneren Kraft, sie zu ändern. Die Landwirtschaft kann nach deutschem Vorbild intensiviert werden und damit mindestens die Versorgung des Landes aus eigener Kraft sicherstellen, möglicherweise sogar Überschüsse erzielen. Die gewerbliche Wirtschaft einschliesslich der Rohstoffwirtschaft kann zu einem die deutsche Industrie ergänzenden Wirtschaftskörper herangebildet werden. Die vielen in ihrer Arbeitskraft nicht oder noch nur mangelhaft genutzten Menschen, deren Beschäftigung für das ehemalige Polen ein

unlösbares Problem darstellte, können fruchtbringend angesetzt, damit selbst zu Verdienst gebracht werden und die deutsche Wirtschaft mit ihrem grossen Menschenbedarf entsprechend entlasten. Schon heute beginnen sich nach kaum anderthalb Jahren deutscher Wirtschaftsführung die Züge eines neuen wirtschaftlichen Gesichtes deutlich abzuzeichen.

Zu der Errichtung dieses von Grund auf zu schaffenden Wirtschaftsneubaues hat auch die deutsche Wirtschaftswissenschaft ihren Beitrag zu leisten. Diesem Zweck diente die Begründung der Sektion Wirtschaft am Institut für Deutsche Ostarbeit. Die Personalunion der Leitung der Sektion mit der Leitung der Hauptabteilung Wirtschaft in der Regierung gewährleistet die stete lebendige Berührung mit praktischer wirtschaftspolitischer Arbeit. Im einzelnen ergeben sich damit für die Sektion folgende Aufgabenkreise:

1) Die im Generalgouvernement und im Reich anfallenden Materialien über die Wirtschaft des Generalgouvernements sowie diesem ähnlicher Gebiete werden nach wissenschaftlichen Grundsätzen geordnet und verarbeitet. Die daraus erstehenden Materialsammlungen sind geeignet, der Wirtschaftsführung als Planungsunterlagen zu dienen und bilden gleichzeitig die Basis für die weitere wissenschaftliche Arbeit der Sektion.

2) Aufbauend auf den allgemeinen Forschungsergebnissen der Wirtschaftswissenschaft werden mit Hilfe dieser Materialien und unter Vergleich mit benachbarten oder in ihrer Problematik ähnlich gelagerten Gebieten wissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt. Der gezeichneten wirtschaftlichen Lage im Generalgouvernement entsprechend werden sich diese Untersuchungen vor allem dem Aufbau eines geordneten und den Bedürfnissen des Landes nachkommenden Verkehrswesens, den Möglichkeiten zur Festigung und zum Ausbau der gewerblichen Wirtschaft, den weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten für die überschüssige Bevölkerung und besonders dem Einbau der Wirtschaft des Generalgouvernements in die grossdeutsche Wirtschaft widmen. Dabei wird die Sektion Wirtschaft eng mit allen Stellen der Wirtschaftsführung und mit den Nachbarsektionen, so vor allem mit den Sektionen Landeskunde, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gartenbau zusammenarbeiten. Die Untersuchungen stehen der Wirtschaftsführung als Beitrag zur Erarbeitung der Planungsrichtlinien für den Wirtschaftsaufbau des Generalgouvernements zur Verfügung.

3) Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden sich, soweit sie allgemeine Gültigkeit besitzen, in den Rahmen der Ergebnisse der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit einfügen. Sie sollen damit den Beitrag darstellen, den die Sektion Wirtschaft am Institut für Deutsche Ostarbeit innerhalb der deutschen Wirtschaftswissenschaft leistet.

4) Der Wirtschaftsablauf im Generalgouvernement wird fortlaufend beobachtet. Damit gewinnt die Sektion die Möglichkeit zur ständigen Überprüfung und Ergän-

zung ihrer Forschungsergebnisse und vermag so die besonderen Eigenheiten des wirtschaftlichen Lebens im Generalgouvernement klar herauszuarbeiten. Bei der dargestellten Notwendigkeit, die Wirtschaft des Generalgouvernements von Grund auf neu zu bauen, kann diese Beobachtung der seit der Übernahme der Wirtschaftsführung durch das deutsche Reich stark fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung sowohl für die Wirtschaftsführung selbst als auch für die Wissenschaft besonders wertvolle Ergebnisse zeitigen.

5) Aus all diesen Arbeiten ergibt sich die Möglichkeit, allgemeinverständliche Veröffentlichungen über die Wirtschaft des Generalgouvernements herauszubringen. Diese sollen dem in der Wirtschaft mitarbeitenden Menschen im Generalgouvernement selbst, im Reich und im Ausland behilflich sein, seine Kenntnis von der Wirtschaft des Generalgouvernements zu vertiefen. Dadurch wiederum kann das Verständnis für die Wirtschaftspolitik im Generalgouvernement in weiteren Schichten verbreitet und auch so ein Beitrag zur sinnvollen wirtschaftlichen Einordnung in den kontinentalen Grosswirtschaftsraum geleistet werden.